

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 122

MÄRZ/APRIL 1996

DM 1,-

Zerbrecht den Burgfrieden von SPD und DGB!

N.Y. SPARTAKIST LEAGUE
P.O. BOX 3361
CHURCH ST. STATION
NEW YORK, NY 10008
212 - 267-1025

„Bündnis für Arbeit“: Krieg gegen Arbeiter und Unterdrückte

Die strikten Austeritätsmaßnahmen, die die Bundesbank den wirtschaftlich schwächeren imperialistischen Ländern Europas verordnet hat, lösten dort massive Abwehrkämpfe der Arbeiter aus: so in Italien und gerade erst die gewaltige Streikwelle in Frankreich. In Deutschland weichen die Bosse bisher davor zurück, geradewegs gegen die machtvolle Arbeiterklasse vorzugehen. Aus Furcht vor gewaltigen Klassenzusammenstößen wie in Frankreich setzt Kohl auf die Zuarbeit der DGB-Führer und der SPD, um die Arbeiter zu entwaffnen. Mit Hilfe der Sozialdemokraten führt die deutsche Bourgeoisie eine konzertierte, alles durchdringende und vielschichtige Kampagne gegen ganze Sektoren der Arbeiterklasse. Einige Kapitalisten verlagern die Produktion in andere Länder und predigen unter der Parole „Standort Deutschland“ gleichzeitig giftigen Protektionismus, der von der SPD- und DGB-Führung direkt in die Arbeiterbewegung hineingetragen wird. Zusammen mit den Scharpings und Lafontaines setzen sie die rassistische Karte gegen Immigranten ein, noch mehr Frauen sollen zurück an den Herd geschickt werden, und die Jugend wird jeglicher Zukunft beraubt. Das Ziel dieser Kampagne ist es, alle Maßnahmen zu ergreifen, um Sektor für Sektor den Preis der Arbeitskraft zu senken.

Angesichts explodierender Arbeitslosigkeit bot IG-Metall-Chef Zwickel auf dem letzten Gewerkschaftstag im Herbst ein „Bündnis für Arbeit“ an: Die Arbeiter sollen sich billiger verkaufen, im Austausch gegen ein Versprechen der Bosse für neue Arbeitsplätze. Der Prototyp dieses „Bündnisses für Arbeit“ ist Schröders „VW-Modell“: Gegen



Detlev Schilke

**AEG-Arbeiter protestieren gegen Schließung des Berliner TRO-Werks.
Nieder mit Zwickels „Bündnis“ mit den Bossen!**

das „Versprechen“ von 1000 neuen Arbeitsplätzen wurden bei VW allein 1995 schon 8000 Arbeitsplätze abgebaut, und neue Massenentlassungen sind angekündigt. Der SPD-Fraktionschef Scharping forderte Kohl im Bundestag zu einem „Krisengipfel“ auf, und in SPD-regierten Ländern wurden bereits „Bund-Länder-Arbeitsgruppen“ geschaffen, um eine große Koalition in die Tat umzusetzen. Wie die *Wochenpost* (15. Februar) feststellte: „Wenn es ernst wird, sucht man in Deutschland den Konsens“.

Inzwischen ist die Arbeitslosenzahl auf offiziell 4,3 Millionen gestiegen, wobei sogar die bürgerliche Presse zugibt, daß es in Wirklichkeit über 6 Millionen sind. Damit sind mehr Menschen arbeitslos als 1932, kurz vor Hitlers Macht-ergreifung. Zwickels „Bündnis für Arbeit“ geht einher mit der Ankündigung von Massenentlassungen bei Mercedes-Benz, AEG, Siemens und jetzt beim Bremer Vulkan-Verband. Dies ist eine konzertierte Aktion der deutschen

Fortgesetzt auf Seite 17

**Für eine revolutionäre Arbeiterpartei,
die für eine Arbeiterregierung kämpft!**

Frauenbefreiung und Familie



TROTZKI

Zum Internationalen Frauentag am 8. März bringen wir nachstehend Auszüge aus der klassischen marxistischen Schrift über den Aufstieg der auf Ausbeutung beruhenden Klassengesellschaft und der entsprechenden Familienformen zur Unterdrückung der Frauen. In der bürgerlichen Gesellschaft hat die Familie schon immer als ein Grundpfeiler des Konservatismus gedient, um die Anpassung an die bürgerliche Moral sicherzustellen, die alles verurteilt – von vorehelichem Geschlechtsverkehr bis zur Homosexualität –, was irgendwie von der Norm abweicht. Dabei ist es gerade das kapitalistische System selbst, das durch Massenentlassungen, Sozialabbau und rassistische Morde viele Familien zugrunde richtet. Frauen sind von extrem hoher Arbeitslosigkeit betroffen, was von den Herrschenden ausgenutzt wird, um sie an Heim und Herd und ins soziale Elend zu drängen. Im Gegensatz zu Kampagnen wie „Lohn für Hausarbeit“ (als Dienstmädchen) kommt es darauf an, nicht die Einrichtung der Familie, durch die die

Frauen verklärt werden, mit Leben zu erfüllen, sondern die vollständige Beteiligung der Frauen am gesellschaftlichen Leben sicherzustellen, d. h. für die Frauenbefreiung durch eine sozialistische Revolution zu kämpfen.

Die monogame Familie. Sie entsteht aus der Paarungsfamilie, wie gezeigt, im Grenzzwischenalter zwischen der mittleren und oberen Stufe der Barbarei; ihr endgültiger Sieg ist eins der Kennzeichen der beginnenden Zivilisation. Sie ist gegründet auf die Herrschaft des Mannes, mit dem ausdrücklichen Zweck der Erzeugung von Kindern mit unbestrittener Vaterschaft, und diese Vaterschaft wird erfordert, weil diese Kinder dereinst als Leibeserben in das väterliche Vermögen eintreten sollen... Sie [die Einzelehe] tritt auf als Unterjochung des einen Geschlechts durch das andre, als Proklamation eines bisher in der ganzen Vorgeschichte unbekanntes Widerstreits der Geschlechter... Der erste Klassengegensatz, der in der Geschichte auftritt, fällt zusammen mit der Entwicklung des Antagonismus von Mann und Weib in der Einzelehe, und die erste Klassenunterdrückung mit der des weiblichen Geschlechts durch das männliche...

Die rechtliche Ungleichheit beider, die uns aus früheren Gesellschaftszuständen vererbt, ist nicht die Ursache, sondern die Wirkung der ökonomischen Unterdrückung der Frau. In der alten kommunistischen Haushaltung, die viele Ehepaare und ihre Kinder umfaßte, war die den Frauen übergebene Führung des Haushalts ebensogut eine öffentliche, eine gesellschaftlich notwendige Industrie wie die Beschaffung der Nahrungsmittel durch die Männer. Mit der patriarchalischen Familie und noch mehr mit der monogamen Einzelfamilie wurde dies an-

ders. Die Führung des Haushalts verlor ihren öffentlichen Charakter. Sie ging die Gesellschaft nichts mehr an. Sie wurde ein Privatdienst; die Frau wurde erste Dienstinne, aus der Teilnahme an der gesellschaftlichen Produktion verdrängt. Erst die große Industrie unserer Zeit hat ihr – und auch nur der Proletarierin – den Weg zur gesellschaftlichen Produktion wieder eröffnet. Aber so, daß, wenn sie ihre Pflichten im Privatdienst der Familie erfüllt, sie von der öffentlichen Produktion ausgeschlossen bleibt und nichts erwerben kann; und daß, wenn sie sich an der öffentlichen Industrie beteiligen und selbständig erwerben will, sie außerstand ist, Familienpflichten zu erfüllen. Und wie in der Fabrik, so geht es der Frau in allen Geschäftszweigen, bis in die Medizin und Advokatur hinein. Die moderne Einzelfamilie ist gegründet auf die offene oder verhüllte Haussklaverei der Frau, und die moderne Gesellschaft ist eine Masse, die aus lauter Einzelfamilien als ihren Molekülen sich zusammensetzt...

Mit dem Übergang der Produktionsmittel in Gemeineigentum hört die Einzelfamilie auf, wirtschaftliche Einheit der Gesellschaft zu sein. Die Privathaushaltung verwandelt sich in eine gesellschaftliche Industrie. Die Pflege und Erziehung der Kinder wird öffentliche Angelegenheit; die Gesellschaft sorgt für alle Kinder gleichmäßig, seien sie eheliche oder uneheliche.

Friedrich Engels, *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats* (1884)



LENIN

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Bernd Fuchs, Alexis Hecht, Barbara Köhler, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes, Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)
VERTRIEB: Herbert Adler

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 5 55, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01, Korrespondenz über Verlagsanschrift. Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Abonnement (6 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 122

März/April 1996

KONTAKTADRESSEN

Berlin

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 5 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Halle

SpAD, Postfach 20 11 31, 06012 Halle
Telefon: (03 45) 2 02 90 55

Hamburg

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

Lübeck: Rassistischer Mord und staatliche Vertuschung

Am frühen Morgen des 18. Januar vernichtete ein Flammenmeer die Flüchtlingsunterkunft in der Lübecker Hafenstraße. Dies war der letzte Anschlag in einer über fünfjährigen Welle von rassistischen Terroranschlägen gegen Immigranten in Deutschland, der auch die bisher meisten Todesopfer forderte. Zehn Menschen starben und fast 50 wurden verletzt, als sich Rauch und Flammen in der überfüllten Unterkunft ausbreiteten und viele Menschen in den oberen Stockwerken einschlossen. In dem Gebäude, das in einem heruntergekommenen Industriegebiet am Rande der Stadt liegt, lebten Flüchtlinge aus Afrika und dem Nahen Osten sowie einige aus Polen. Viele der Toten waren Schwarzafrikaner, wie die 25-jährige Monique Bunga und ihre dreijährige Tochter, die bei dem verzweifelten Versuch, durch einen Sprung aus dem Gebäude vor den Flammen zu fliehen, starben. Jetzt sind die Überlebenden in einer schrecklichen Falle gefangen: Weil sie keinen Wohnsitz mehr haben, droht ihnen die Abschiebung. Familienmitglieder der Opfer, die ihre Toten nach Zaire begleiten wollten, erhielten am Tag ihrer Abreise Abschiebebescheide.



Lübeck, 20. Januar: Überlebende verurteilen rassistischen Allparteienkonsens in Bonn. Spartakist-Banner forderte: Stoppt Nazi-Terror durch Gewerkschafts/Immigranten-Aktion!

Spartakist

Freiheit für Safwan Eid! Keine Abschiebungen!

Sofort nach dem Lübecker Feuer griffen Polizisten drei junge Männer auf – darunter einen Skinhead mit Bomberjacke und Springerstiefeln – die von Zeugen gesehen wurden, als sie in der Nähe des Heims genau zu dem Zeitpunkt in ein Auto stiegen, als die Flammen im Gebäude hochschlugen. Der Verdacht, daß wieder ein Naziverbrechen Tote gefordert hat, verursachte im ganzen Land Aufruhr und rief bei vielen die Erinnerung an die mörderischen faschistischen Brandanschläge in Rostock, Mölln und Solingen wach.

Das Feuer von Lübeck ereignete sich, als der israelische Präsident Weizmann erstmals Deutschland besuchte, und einen Tag vor der „Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus“ im Bundestag. In Lübeck wurde 1994 der erste Brandanschlag auf eine Synagoge seit der Hitlerdiktatur verübt, und erneut im Mai 1995, am Vorabend des 50. Jahrestages der Zerschlagung des Dritten Reichs. Die Medien waren offen über Deutschlands Ansehen im Ausland besorgt. Bundespräsident Roman Herzog trat für einen weiteren Ausbau der „öffentlichen Sicherheitspolitik“ ein, also für mehr Polizei, falls es Brandstiftung gewesen sei,

aber er stellte auch gleich die Frage, ob es nicht ein „Unfall“ gewesen sein könnte.

Die drei Rechten wurden nach ein paar Stunden entlassen. Eine Polizeistreife gab ihnen das Alibi, daß sie kurz vor Ausbruch des Feuers in 15 km Entfernung an einer Tankstelle von ihr kontrolliert worden seien. Inzwischen stellte sich heraus, daß diese Tankstelle nur knapp über fünf Kilometer vom Wohnheim entfernt liegt, also in der fraglichen Zeit leicht erreicht werden konnte. Auch ein vierter Mann, der offenbar im Lauf der Nacht mit den anderen drei unterwegs war, wurde verhört, doch über ihn gibt es keine offiziellen Informationen.

Kurz nach der Freilassung der drei Männer begannen Regierung und Medien, die Linie zu verbreiten, daß es ein Unfall gewesen sein könnte. Aber das Feuer brach an drei verschiedenen Stellen in der ersten Etage des Heimes aus, so daß sie gezwungen waren, diese Version nach 24 Stunden fallenzulassen. Zwei Tage nach dem Brand führte die Polizei dann den 21-jährigen Libanesen Safwan Eid vor, der selbst einer der Überlebenden ist, und beschuldigten ihn, er hätte zugegeben, das Feuer nach einem Streit mit einem afrikanischen Mitbewohner gelegt zu haben.

Trotz Gefängnis und wochenlanger Verhöre bleibt Safwan Eid dabei, seine Unschuld zu erklären. Und genauso seine Mitbewohner: Als kurz nach Safwans Inhaftierung der Afrikaner Gustave S., mit dem er angeblich gestritten haben soll, in einer ZDF-Sendung jede Auseinandersetzung abstritt, verfügte die Regierung prompt eine Nachrichtensperre für alle Behörden. Trotz Einzelverhören durch die Polizei unmittelbar nach dem Brandanschlag, trotz Schikanierung und Bspitzelung haben sich die Flüchtlinge nicht einschüchtern lassen. Auf einer Veranstaltung am 16. Februar in Hamburg forderten sie die Freilassung von Safwan Eid und die Einrichtung einer internationalen Untersuchungskommission. Wie ein angolischer Überlebender von

Fortgesetzt auf Seite 4

Demo zur Verteidigung der Kurden in Halle: PDS setzt Maulkorberlaß durch

Im folgenden drucken wir eine Protesterklärung ab, die von unseren Genossen in Halle anlässlich einer Demonstration am 24. Februar gegen die Abschiebung von Kurden veröffentlicht wurde. Während wir Spartakisten sämtliche kurdische Vereine gegen den bürgerlichen Staatsterror verteidigen und für das Recht auf Selbstbestimmung für die Kurden eintreten, sind wir gegen den kleinbürgerlichen Nationalismus der PKK und für den gemeinsamen Klassenkampf der kurdischen, türkischen und aller anderen Arbeiter in der Türkei. Kurdische und türkische Arbeiter hier stellen eine Brücke dar zwischen der sozialistischen Revolution im Osten und im Westen.

HALLE, 25. Februar 1996 – Trotz der Verbote durch die Hallenser Polizei gelang es 600 zum Teil sehr kämpferischen Demonstranten, am 24. Februar in der Innenstadt gegen die unmittelbar drohende Abschiebung von drei Kurden in die Folterkeller der Türkei zu protestieren. Gleich zweimal wurde versucht, diese Demo zu verbieten, zuerst die von kurdischen Unterstützern und anschließend die von der PDS angemeldete. Die Demo der Kurden war verboten worden, weil die Kurden „unter anderem gegen das Verbot kurdischer Organisationen in Deutschland, darunter der PKK, demonstrieren wollten“ (*Mitteldeutsche Zeitung*, 24. Februar).

Auf ganz perfide Art versuchte die PDS dann aber noch, das Bullen-Gebot umzusetzen. Gerade in Sachsen-Anhalt toleriert die PDS die SPD/Bündnis-90-Landesregierung, die Massenabschiebungen durchführt. Wie der Herr, so der Knecht. Unter Druck gesetzt durch die wachsende Empörung gegen die Abschiebepraktiken, erklärte sich die PDS zur Demoleitung und agierte wie ein Hilfspolizist. Sie tauchte mit ein paar Dutzend Leuten auf, während Kurden aus Flüchtlingswohnheimen in ganz Sachsen-Anhalt sowie afrikanische Gruppen aus Wohnheimen gekommen waren. Die SpAD beteiligte sich an der Demonstration mit folgenden Plakaten: „Stoppt die Abschiebungen durch Arbeiteraktion!“, „Weg mit dem Verbot der PKK!“, „Volle Staats-

bürgerrechte für alle Immigranten!“, „Kein Vertrauen in die Justiz des 4. Reichs! Stoppt die Nazis durch Arbeiter/Immigrantenmobilisierung!“

Auf Anordnung des stellvertretenden Landesvorsitzenden der PDS, Frank Baier, stürzten sich PDSler bei Beginn der Demonstration sofort auf unser Plakat „Weg mit dem Verbot der PKK!“. Begründung? Eine solche Forderung „wäre gegen die Absprachen mit der Polizei“. Als wir uns weigerten, das Plakat herunterzunehmen, wurden Schläger unter Führung des Herrn Baier aktiv. Seine Hilfspolizisten zerstörten es. Kurdische Teilnehmer waren entsetzt. Als sie riefen „Ich bin PKK“ oder „Es lebe PKK“, versuchte die PDS, auch sie zu stoppen. Am Ende der Demo dankte die PDS-Leitung der Polizei für „gute Kooperation“ bei der Durchführung der Demo.

Erinnern wir uns, im Nachbarland Niedersachsen wurde der 16jährige Halim Dener von einem Bullen erschossen, nur weil er ein Plakat für ein kurdisches Fest kleben wollte. Das Vierte Reich ist der Pate des Völkermords an den Kurden, es hat den türkischen Kurdenschlächtern ein riesiges Waffenarsenal verschafft. Seit 1993 wird eine rassistische Kampagne unter dem Deckmantel „Terrorismus“ gegen alle Kurden geführt. Mit dem Verbot der PKK und 35 anderer kurdischer Vereine sowie dem Verbot, in Deutschland die „kurdische Flagge“ zu zeigen, droht Kurden hier das gleiche Schicksal wie in der Türkei. Kurdische Werktätige dürfen nicht einmal nach der Arbeit ihre Kantinen aufsuchen und kurdische Musik hören. Zusammen mit der Vernichtung von Arbeitsplätzen und Sozialprogrammen in ganz Deutschland ist das Verbot der PKK und anderer kurdischer Vereine ein direkter Angriff auf die Arbeiterklasse.

Was wir gegen Massenabschiebungen und Massenentlassungen brauchen, gegen Staatsterrorismus sowie gegen die Nazi-Mörderbanden, ist die Entfesselung der Macht der Arbeiterklasse. *Stoppt die Abschiebungen durch Arbeiteraktion! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Weg mit dem Verbot der PKK und aller kurdischen Vereine!*

Lübeck...

Fortsetzung von Seite 3

Anfang an erklärte: „Kein Afrikaner denkt, daß Safwan schuldig ist.“ Doch jetzt wird sogar der Protest der Überlebenden in eine Anklage gegen Safwan Eid umgewandelt: Mit der Begründung, die Flüchtlinge hätten „erkennbare Vorbehalte“ gegen die Polizei, wurden Safwans Gespräche mit seinen Besuchern im Gefängnis in einer heimlichen Abhöraktion wochenlang mitgeschnitten. Wie Safwans verzweifelter Vater verbittert feststellte: „Zuerst wurde unser Haus niedergebrannt, und nun ist unser Sohn verhaftet.“

War es ein faschistischer Angriff? Wir können nicht wissen, wer das Feuer in Lübeck gelegt hat, aber ganz sicher haften ihm die Merkmale der bewiesenen Nazi-Brandanschläge aus der jüngsten Zeit an. Auf jeden Fall stinkt die Geschichte von Regierung und Presse danach, rassistische Mörder zu beschützen. Fast täglich erscheinen Berichte über Feuer in Immigrantenvohnungen und Wohnheimen in der Presse, von denen nur ein Bruchteil als rassistische Anschläge registriert werden. Diese Feuer werden routinemäßig als Unfälle abgetan, wie es zweifellos oft der Fall sein kann, oder die Schuld wird auf die Opfer geschoben.

So läuft seit dem 20. Februar vor dem Essener Landge-

richt der Strafprozeß gegen Yasar Ünver. Die türkische Ehefrau und Mutter von fünf Kindern wird beschuldigt, in der Nacht zum 5. Juni 1993 – eine Woche nach dem Brandanschlag in Solingen – in ihrem Haus im nordrhein-westfälischen Hattingen an acht Stellen selbst Feuer gelegt zu haben. Nur mit äußerster Not konnte sie sich und ihre Kinder damals retten. Ein Nachbar sah drei Männer vom Tatort weglaufen, einer davon mit einrasierten Nazi-Insignien am Kopf. Aber die Ermittlungen wurden schnell eingestellt, und statt dessen steht jetzt Frau Ünver als „Brandstifterin“ vor Gericht aufgrund der schlichten Tatsache, wie ihr Anwalt es formulierte, „weil kein anderer Täter in Frage kommt bzw. nicht ermittelt worden ist“ (*Neues Deutschland*, 16. Februar).

Auch in Lübeck sind alle Ermittlungen in andere Richtungen eingestellt worden. Kaum zwei Wochen nach dem Lübecker Brand gab die Polizei bekannt, daß sie nicht länger von der Möglichkeit eines rassistischen Brandanschlags ausgeht. Und was sind die „Beweise“? Den Bullen zufolge gestand Safwan Eid gegenüber einem Feuerwehrsani-täter vor Ort. Nun, dieses „Geständnis“ wurde erst zwei Tage nach dem Brand bekannt. Fakt ist, daß Safwan schlief, als das Feuer ausbrach. Als er von seinem Nachbarn

Fortgesetzt auf Seite 21

**Spartakist-
Jugend**

Dürkops SS-Sturmbannführer säubert Humboldt-Uni

Ganz bis ans Ende der mörderischen Hitlerdiktatur zieht sich die Blutspur der 17. SS-Panzer Grenadierdivision „Götz von Berlichingen“. 25. Januar 1945: Unter Heranziehung von 1000 verschleppten Zivilisten aus Osteuropa erfolgt unter mörderischen Bedingungen die Aufstellung zweier Sklavenarbeitsbataillone. 30. April 1945: Bei einem Angriff auf US-Truppen in Oberbayern werden KZ-Gefangene als lebende Schutzschilde eingesetzt. 3. Mai 1945: Angehörige der Division erschließen zwei Vermittler, die über die friedliche Übergabe von Gebieten verhandeln wollten. Unter den Hauptverantwortlichen: SS-Sturmbannführer Wilhelm Krelle. Ein verurteilter Kriegsverbrecher? Weit gefehlt. Es handelt sich vielmehr – um einen „Ehrendoktor“ der Humboldt-Universität Berlin (HUB). Vor ein paar Wochen ist die sorgsam verschwiegene SS-Vorgeschichte des „Professors“ aufgefliegen. Die *junge Welt* (jW) förderte Dokumente zutage, mit denen die Zugehörigkeit Krelles zum Generalstab des XIII. SS-Armee Korps ab August 1944 und der 17. SS-Panzer Grenadierdivision ab Februar 1945 bewiesen wird (jW, 16. Februar).

Aus diesem Anlaß organisierte die Berliner Spartakist-Jugend am 6. Februar am Haupteingang der HUB einen Protest und forderte: „SS-Professoren raus aus der Uni! Bundeswehr/NATO raus aus dem Balkan! Schluß mit der antikommunistischen Hexenjagd! Für die sofortige Wiedereinstellung aller Entlassenen!“ Viele vorbeikommende Studenten machten ihrer Empörung über den Skandal Luft und äußerten Sympathie für unseren Protest.

Wie Genosse Steffen von der Spartakist-Jugend während des Protests ausführte, ist es kein Versehen, daß ein Typ wie Krelle von der deutschen Bourgeoisie mit Auszeichnungen überschüttet wird (insgesamt erhielt er fünf Ehrendokortitel und das Große Bundesverdienstkreuz). Unter Hitler war er in verantwortlicher Position ein Teil der Kriegs- und Vernichtungsmaschinerie, die sechs Millionen Juden und Millionen von Sinti und Roma, Russen, Polen, Kommunisten und Sozialisten ermordete. Und Flick, Thyssen, Siemens und Konsorten machten auf den grauenhaften Leichenbergen des Holocausts märchenhafte Profite. Heute besorgt Krelle ihnen die Säuberung von DDR-Akademikern an der HUB. Damit illustriert Krelle exemplarisch die Kontinuität des deutschen Kapitals vom Dritten zum wiedervereinigten Vierten Reich. Nach der Zerschlagung des Nazi-Regimes durch die Rote Armee blieben in Westdeutschland Zehntausende von Nazi-Henkern nicht nur unbehelligt, sondern waren der Bourgeoisie von Auschwitz in den höchsten Positionen beim Aufbau ihres BRD-Staates behilflich.

„Kein Marxist soll seinen Fuß über diese Schwelle setzen, solange ich hier bin“ – so „Professor“ Krelle zu seiner Berufung an die HUB (jW, 3./4. Februar). Und er beließ es nicht bei Worten: Seit Frühjahr 1991 organisierte er als Vorsitzender der „Struktur- und Berufungskommission“ die Hexenjagd gegen frühere Mitglieder an der Fakultät der Wirtschaftswissenschaften. Von ehemals 180 ostdeutschen Mitarbeitern verblieben am Ende keine zwanzig. Die grüne Uni-Präsidentin Marlis Dürkop koordinierte diese schmutzige Kampagne im Zuge des Bestrebens, alles auszuradieren, was an den ostdeutschen deformierten Arbeiterstaat erin-



Spartakist

Protest der Spartakist-Jugend gegen SS-Sturmbannführer Krelle an der Humboldt-Uni am 6. Februar

nert. Und, was Wunder, sie war es auch, die dem Herrn Sturmbannführer Ende 1994 die Ehrendoktorwürde der HUB verlieh – und zwar *in voller Kenntnis* seiner Vorgeschichte als SS-Befehlshaber.

Die Enthüllungen in der jW über Krelle und die Rolle von Dürkop veranlaßten Refrat (ReferentInnenrat der HUB) und PDS lediglich dazu, beim Uni-Senat immer noch weitere Nachforschungen anzufordern, damit man Krelle möglicherweise die Ehrendoktorwürde wieder aberkennen könne. Worum es ihnen geht, ist eine „saubere Hexenjagd“: Ja zum Rausschmiß von ehemals DDR-zugehörigen Lehrkräften, aber bitte schön ohne Zutun von SS-Kommandos – und ohne den Ruf von Dürkops erlauchter Humboldt-Uni zu schaden. Wir von der Spartakist-Jugend protestieren gegen die antikommunistischen Säuberungen und kämpfen dafür, Studenten, Lehrkräfte, Uni-Arbeiter und Gewerkschaften zu mobilisieren, um Krelle und den ganzen rassistischen Unrat von der Uni zu vertreiben.

Der Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA), der sich an der Humboldt-Uni fälschlicherweise als Vertreter des Trotzismus darstellen will, verlor zum Krelle-Skandal kein Sterbenswörtchen des Protestes. Die antikommunistische Hexenjagd erzeugt für den BSA genau das richtige Klima, da er sich von Solidarność bis zur Wahl der SPD bei der

Fortgesetzt auf Seite 23

Berliner Treffpunkt der Spartakist-Jugend

Jeden Mittwoch, 18.00 – 20.00 Uhr
Humboldt-Uni, Hegelplatz, Raum 111
Für weitere Informationen: (0 30) 4 43 94 00

IKL-Solidaritätserklärung mit Luta Metalúrgica

Brasilien: Hexenjagd gegen trotzkistische Gewerkschafter

Als Antwort auf eine abgefeimte antikommunistische Verleumdungskampagne der bürgerlichen Presse im brasilianischen Stahlzentrum Volta Redonda, die darauf abzielt, revolutionäre Militante aus den Gewerkschaften hinauszutreiben, gab die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) am 4. Februar in Mexico City folgende Erklärung heraus.

Zu einer Zeit, wo Genossen und Unterstützer von Luta Metalúrgica (LM, Brasilien) vielfachen organisatorischen und persönlichen Angriffen von Kräften ausgesetzt sind, die



Spartakist

Von Luta Metalúrgica initiierte Einheitsfrontaktion für Mumia Abu-Jamal in Volta Redonda im August 1995

von zentristischen Opponenten und Volksfront-Anhängern bis zu direkten Publikationen der Bourgeoisie reichen, bekräftigt die Internationale Kommunistische Liga ihre Solidarität mit diesen Genossen.

Die mit uns brüderlich verbundenen Genossen von Luta Metalúrgica waren die *einzig*e Tendenz in Brasilien, die die Unabhängigkeit der Arbeiterklasse gewahrt hat, indem sie sich aus Prinzip weigerte, für irgendeinen Kandidaten des Blocks der Klassenkollaboration von Frente Brasil Popular zu stimmen, der sich bei den Wahlen 1994 um die Arbeiterpartei (PT) von Lula bildete. Das ist der Grund, warum LM von der Bourgeoisie und ihren Lakaien gehaßt und gefürchtet wird. Das ist auch eines der Prinzipien, die LM zur Internationalen Kommunistischen Liga hingezogen hat, welche Trotzkis Kampf gegen die Volksfrontpolitik weiterführt, von Spanien in den 30er Jahren über Chile in den 70ern bis Frankreich in den 70er und 80er Jahren und Brasilien heute.

Ebenso stimmten IKL und LM beide mit Trotzkis Programm überein, bedingungslos die Sowjetunion gegen den Imperialismus militärisch zu verteidigen und die nationalistische stalinistische Bürokratie, die der Konterrevolution

den Weg bereitet hat, durch eine proletarische politische Revolution zu stürzen. Angesichts des US-geführten antisowjetischen Kriegskurses Anfang der 80er Jahre, als die meisten der opportunistischen Linken mit den imperialistischen Wölfen heulten, erklärte die IKL: „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!“ und „Stopp die Konterrevolution der Solidarność in Polen!“

Die Erklärung brüderlicher Beziehungen zwischen der IKL und LM (siehe *Espartaco* Nr. 6, Winter 1994/95 bzw. *Spartakist* Nr. 115, November/Dezember 1994) drückt unsere

Verpflichtung aus, eine authentische trotzkistische Partei in Brasilien heute als *Volkstribun* aufzubauen, als einen Vorkämpfer aller Unterdrückten – der Frauen, der Homosexuellen und der Völker der Ureinwohner. Während die Linke, die Klassenkollaboration betreibt, die Lüge einer angeblichen „Demokratie ohne Ansehen der Hautfarbe“ in Brasilien schluckt, halten LM und IKL daran fest, daß der Kampf gegen rassistische Unterdrückung – auch in den Gewerkschaften – von strategischer Bedeutung für die proletarische Revolution ist. Wenn wir zu einer revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung aufrufen, unterstützen wir, anders als die Opportunisten, nicht gleichzeitig die PT, die als Teil der Regierung des Bundesstaates Rondônia die Verantwortung für die Polizei-/

Armeemassaker an Bauern im letzten September mitträgt.

Die abgefeimte Kampagne von Provokationen, die in der Stadt Volta Redonda angelaufen ist, ist eine direkte Reaktion auf den bei den Gewerkschaftswahlen im letzten November errungenen Sieg der Liste Municipários em Luta (MEL, Städtische Arbeiter im Kampf), die mit Luta Metalúrgica verbunden ist; sie kandidierte auf einem Programm, das sich gegen die Volksfront der Klassenkollaboration stellte. Angesichts dieser Demonstration von Kampfschlossenheit der Arbeiter versucht eine unheilige Allianz, die von der Presse der Bosse über Funktionäre der gelben Gewerkschaft bis zu opportunistischen linken Parteien reicht, wie wildgeworden, Revolutionäre aus der Gewerkschaft hinauszutreiben.

Schon im letzten Juli, bei den Wahlen in der Metallarbeitergewerkschaft in Volta Redonda, wurde eine ähnliche verrottete Koalition zusammengetrommelt. Die von der PT geführte Volksfront schleppte Topleute an, darunter PT-Senator Benedita da Silva und einen Führer des Gewerkschaftsverbandes C.U.T., Vicentinho, um den Wahlkampf gegen LM zu führen. Die Tageszeitung *Diário do*

Vale, berüchtigt als ein Sprachrohr für die Bosse der privatisierten Stahlfirma CSN, berichtete an prominenter Stelle über Angriffe auf den LM-Sprecher Alexandre Honorato (Cerezo) sowohl durch die CSN-gesponserte „Gewerkschaft“ Força Sindical als auch die pseudotrotzkistische Gruppe Causa Operária (CO).

Während des Wahlkampfes der städtischen Arbeiter versuchte dieses arbeiterfeindliche Presseorgan, einen lachhaften Skandal darüber anzuzetteln, daß Cerezo zusammen mit MEL-Aktivisten Losungen gemalt hat. Mit ihrer in letzter Minute eingereichten Kandidatur bediente sich Força Sindical der Tageszeitung *Diário do Vale*, um die Wirkung ihrer Kampagne gegen den „Radikalismus“ von Luta Metalúrgica zu testen. Als der Kandidat der Bosse von der Gewerkschaftsbasis abgelehnt wurde, versuchte er nach seiner Niederlage — mit der Hilfe von Bürgermeister Baltazar —, die MEL daran zu hindern, ihre Funktionen aufzunehmen. Nachdem auch dieser Trick nicht geklappt hat, posaunt diese Zeitung der Bosse jetzt widerliche Anschuldigungen heraus, fabriziert von einem Phantomverein namens „Servidores em Luta“, offensichtlich eine aus dem Nichts aufgetauchte Kreatur von CO, die verlangt, daß Cerezo von Gewerkschaftsversammlungen ausgeschlossen wird.

Diesen erfahrenen militanten Klassenkämpfer — der von den Stahlbossen gefeuert wurde, weil er die Interessen der Arbeiter verteidigt, und der gleichermaßen von Força Sindical und von der auf Klassenkollaboration festgelegten Linken verleumdet wird — als einen „Außenseiter“ der Stahlstadt hinzustellen, ist ungeheuerlich und wird gerade von denjenigen verbreitet, die im Vorzimmer des Volksfront-Bürgermeisters Baltazar und der Frente Brasil Popular von Lula zu Hause sind, wenn nicht sogar in den Vorstandsbüros der CSN. Municipários em Luta hatte Luta Metalúrgica gerade deshalb um Rat gebeten, weil LM die einzige Gruppe war, die für die Unabhängigkeit der Arbeiterklasse kämpfte und sich weigerte, irgendeinen Kandidaten der Volksfront zu wählen, welche die Arbeiter an Teile der Bourgeoisie kettet. Für städtische Arbeiter in Volta Redonda ist die Volksfront keine Abstraktion, sondern ihr unmittelbarer Feind: die Stadtregierung, die damit droht, Tausende zu feuern.

Jeder denkende Arbeiter, der diese von allen Seiten geführten Attacken auf Luta Metalúrgica sieht, wird fragen: Wer steckt dahinter? Warum passiert das? Und warum jetzt? Er wird sich erinnern, daß bei CSN 12 000 Stahlarbeiter in Zusammenarbeit mit Força Sindical und mit dem Einverständnis der C.U.T. gefeuert wurden, die beide Lulas Volksfront bei den Wahlen nicht schaden wollten, weder 1989 noch 1995. Diese Massenentlassungen setzten die unverminderte Repression der Bourgeoisie und ihres Staates gegen die kämpferischen Arbeiter von Volta Redonda fort. Symbol dafür ist der von der Armee durchgeführte Mord an drei Stahlarbeitern im Streik 1988 — an William, Walmir und Barroso. 1993 versuchte die Stadtverwaltung der Volksfront,

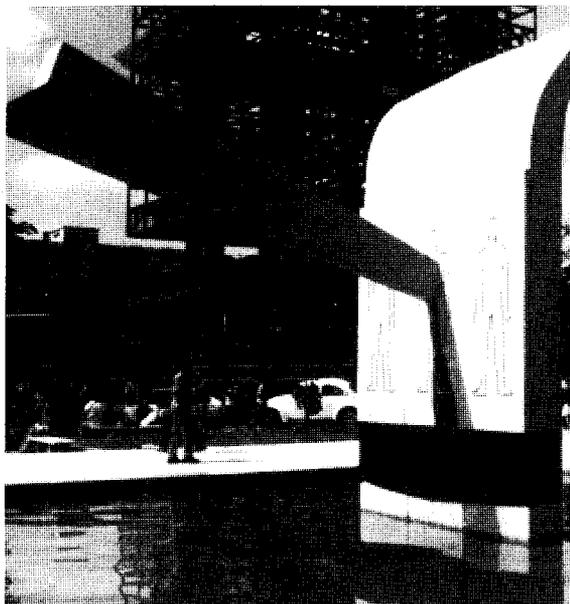


2800 Arbeiter zu feuern, aber sie wurde besiegt. Wenn es den Bossen und ihren Agenten gelingt, die kämpferischsten Elemente aus den Gewerkschaften zu entfernen, dann wird dies ein erster Schritt zu Entlassungen, Lohnkürzungen und zu einer Rückkehr zu Pelego (staatlich kontrollierten „Gewerkschaften“ der Vergangenheit) sein.

Die Geschichte des Klassenkampfes ist voll von Beispielen solcher konzertierten Versuche von Rufmord und Unterdrückung militanter Arbeiterführer, oft mit dem stillschweigenden Einverständnis der Reformisten, um so die Fähigkeit der Arbeiterbewegung zum Widerstand zu zerstören. In Mexiko hat die Regierung letztes Jahr ihre Kampagne entfacht, die machtvolle und militante Busfahrer-gewerkschaft SUTAU in der Hauptstadt zu zerstören, indem sie alle 13 000 Arbeiter feuerte und die Rechtsberater der Gewerkschaft einsperrte, natürlich auf Basis von frei erfundenen Anklagen wegen Korruption. In Frankreich wurden Trotzlisten nach dem Zweiten Weltkrieg, wo sie eine führende Rolle beim Streik der Autoarbeiter von Renault spielten, von der stalinistischen Kommunistischen Partei als „Provokateure“ gebrandmarkt; damals befanden sich die Stalinisten in einer Volksfront-Koalitionsregierung, die dazu entschlossen war, ein brutales Einfrieren der Löhne zu erzwingen.

In den Vereinigten Staaten gewannen die Trotzlisten in den 30er Jahren die Führung der Lastwagenfahrer (Teamsters) in der Stadt Minneapolis, wo sie einen lokalen Generalstreik zum Sieg führten. Ihre revolutionäre Politik und ihre klassenkämpferischen Methoden der Organisierung erschreckten die Kapitalisten und deren Agenten in der Arbeiterbewegung so sehr, daß ein jahrelanger Rachefeldzug von Repression gegen die von Trotzlisten geführten Teamsters in Minneapolis gestartet wurde. Die Polizei griff ihre Streikpostenkette an. Agenten der unternehmenseigenen Gewerkschaft wurden eingeschleust, um Anklagen wegen Diebstahl und „Einschüchterung“ zu erheben. Gewerkschaftsführer wurden der Veruntreuung und des Diebstahls beschuldigt, weil sie Gewerkschaftsgelder dazu verwendeten, anderen Gruppen von Arbeitern bei der Organisierung zu helfen. Schließlich wurden 29 Teamsters aus Minneapolis

Fortgesetzt auf Seite 8



kein Bildnachweis

Arbeiter trotzen der Armee im militanten Stahlstreik in Volta Redonda 1988. Drei von der Armee ermordete Streikende wurden durch ein Monument geehrt, das später durch einen Bombenanschlag beschädigt wurde

Brasilien...

Fortsetzung von Seite 7

sowie trotzkistische Führer angeklagt (und 18 davon eingesperrt); die Anklage lautete auf Verschwörung zum Sturz der Regierung und Anstiftung zur Befehlsverweigerung in den Streitkräften, weil sie in revolutionärer Opposition zum imperialistischen Zweiten Weltkrieg standen. Dieses Komplott wurde von den reformistischen Stalinisten und den nationalen Gewerkschaftsführern der Teamsters angestachelt.

Derlei Verleumdungsanklagen, wie sie heute gegen Luta Metalúrgica benutzt werden, sind überhaupt nichts Neues. Die Bourgeoisie und die opportunistische Linke sind besorgt, selbst wenn ihnen die Geschichte nicht bekannt ist, daß Volta Redonda ein neues Minneapolis werden könnte. Einige der Ankläger wie CO und ihre Frontgruppe „Servidores em Luta“ versuchen, sich als Verteidiger von Gewerkschaftsdemokratie auszugeben. Was für eine Heuchelei! Es wird keine Arbeiterdemokratie geben, wenn Revolutionäre ausgeschlossen werden und die Agenten der CSN und der Volksfrontregierung das Sagen haben. Vor mehr als einem halben Jahrhundert schrieb der internationalistische revolutionäre Führer Leo Trotzki: „Gewerkschaftsdemokratie ... setzt für ihre Verwirklichung die vollkommene Freiheit der Gewerkschaften gegenüber dem imperialistischen oder kolonialen Staate voraus.“ Trotzki fährt fort:

„Mit anderen Worten: Die Gewerkschaften der gegenwärtigen Epoche können nicht einfach Organe der Demokratie sein, wie sie es im Zeitalter des freien Kapitalismus waren; sie können nicht weiterhin politisch neutral bleiben, d. h. sich darauf beschränken, die Tagesforderungen der Arbeiterklasse zu vertreten. Sie können auch nicht mehr anarchistisch sein, d. h. den entscheidenden Einfluß des Staates auf das Leben der Völker und Klassen ignorieren.

Sie können nicht mehr reformistisch sein, da die objektiven Bedingungen keinen Raum mehr für ernsthafte und dauernde Reformen lassen. Die Gewerkschaften in unserer Epoche können entweder als Hilfsinstrumente des imperialistischen Kapitalismus dienen, um die Arbeiter unterzuordnen, sie zu disziplinieren und die Revolution zu verhindern, oder sie können im Gegenteil die Instrumente der revolutionären Bewegung des Proletariats werden.“ („Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niederganges“, August 1940)

Die Klassenunabhängigkeit der Gewerkschaften vom bürgerlichen Staat, betonte Trotzki, kann „nur von einer vollkommen revolutionären Führung, d. h. durch die Führung der IV. Internationale, garantiert werden“.

Diese prophetischen Worte beschreiben anschaulich die Situation in Brasilien heute. Im September 1995 sabotierte die C.U.T. den Metallarbeiterstreik in der ABC-Industriezone (Gebiet um São Paulo), um die Wahlchancen von

Lulas Frente Brasil Popular hochzuschrauben. Seit Lula erneut bei den Umfragen verloren hat, strebt er eine Korridorcoalition mit Fernando Henrique Cardoso an. Und so fielen PT und C.U.T. den Erdölarbeitern während ihres Streiks im letzten Mai/Juni in den Rücken, indem sie sich weigerten, für Arbeiteraktionen zu mobilisieren, als Cardoso die Armee rief, um die Raffinerien zu besetzen. Reformistische und zentristische Pseudotrotzkisten tauchten entweder in der PT unter (Democracia Socialista, O Trabalho) oder beteiligten sich direkt an der Volksfront (PSTU) oder versuchten, wie Causa Operária, ihre Kapitulation dadurch zu bemänteln, daß sie dazu aufriefen, Lula und die „Arbeiter- und Bauernkandidaten“ dieser Koalition der Klassenkollaboration zu wählen. Andere wieder (LBI) argumentierten, daß es aus verschiedenen Gründen *diesmal* falsch war, Lula zu wählen, während sie den Wahlauftrag von 1989 für diesen Kandidaten der Frente Brasil Popular aufrechterhalten. Das ausgetüftelte Verhalten all dieser Gruppen kann die Tatsache nicht verbergen, daß sie alle politisch hinter den Bossen stehen. Die von den Opportunisten neu (und nur vorübergehend) entdeckten Bekenntnisse zur „Gewerkschaftsdemokratie“ klingen hohl, wenn sie gleichzeitig mit den Handlangern der CSN und der Volksfront unter einer Decke stecken.

Die Opportunisten werfen mit Anschuldigungen von Korruption und Skandalgeschichten um sich und üben sich in Nachahmung des sozialen Sittenkodex ihrer bürgerlichen Herren, von Cardoso bis Collor. Wenn ihre Volksfrontpolitik beim Volk nicht ankommt, greifen sie auf Verleumdungen zurück, um die Aufmerksamkeit von den Grundfragen, um die es geht, abzulenken und diejenigen zu diskreditieren, die die Interessen der Arbeiter verteidigen. Im Gegensatz zu ihrem skrupellosen Manövrieren gehören für Revolutionäre Taten und Worte zusammen. Wenn wir sagen, daß Arbeiterdemokratie untrennbar mit völliger Unabhängigkeit vom kapitalistischen Staat verbunden ist, heißt das: Bullen und Gerichte raus aus den Gewerkschaften! Wenn wir mit Trotzki sagen, daß heute „die Gewerkschaften nur dann wirklich unabhängig sein [können], wenn sie sich bewußt werden, daß sie in ihrer Tätigkeit die Organe der proletarischen Revolution sind“, so heißt dies: den Kampf gegen Reformismus und Zentrismus, die Hindernisse zur Wiederschmiedung der Vierten Internationale als Weltpartei der sozialistischen Revolution sind, zu Ende zu führen.

Angesichts der unaufhörlichen Provokationen und Angriffe der Bourgeoisie sind die Regeln der Vierten Internationale: „Der Realität ehrlich die Stirn bieten; nicht den Weg des geringsten Widerstands suchen; alle Dinge beim richtigen Namen nennen; den Massen die Wahrheit sagen, wie bitter sie auch sein mag; Hindernisse nicht fürchten; in kleinen wie auch in großen Dingen rigoros genau sein; sein Programm auf der Logik des Klassenkampfes begründen; kühn sein, wenn die Stunde des Handelns gekommen ist.“ ■

Schulungsreihe der Spartakist-Jugend

Einführung in Geschichte und Theorie des Marxismus

Berlin

- 10. April: Kapital und Arbeit
- 24. April: Der Staat – Lehren der Pariser Kommune
- 15. Mai: Kapitalismus, Sozialismus und Kommunismus
- 29. Mai: Die bolschewistische Revolution

jeweils am Mittwoch, 18.00 Uhr, Humboldt-Uni
Seminargebäude am Hegelplatz, Raum 111

Für weitere Informationen und Diskussionstexte:
Berlin (0 30) 4 43 94 00

Hamburg

- 20. März: Der Staat – Lehren der Pariser Kommune
- 3. April: Kapitalismus, Sozialismus und Kommunismus
- 17. April: Die bolschewistische Revolution
- 8./22. Mai: Weitere Diskussionen mit der Spartakist-Jugend

jeweils am Mittwoch, 18.30 Uhr
Werkstatt 3, Nernstweg 32–34

Hamburg (0 40) 32 36 44

Britannien: Brecht mit jeder Labour-Politik Für eine revolutionäre Arbeiterpartei!

Scargills SLP fordert Tony Blairs Labour Party heraus

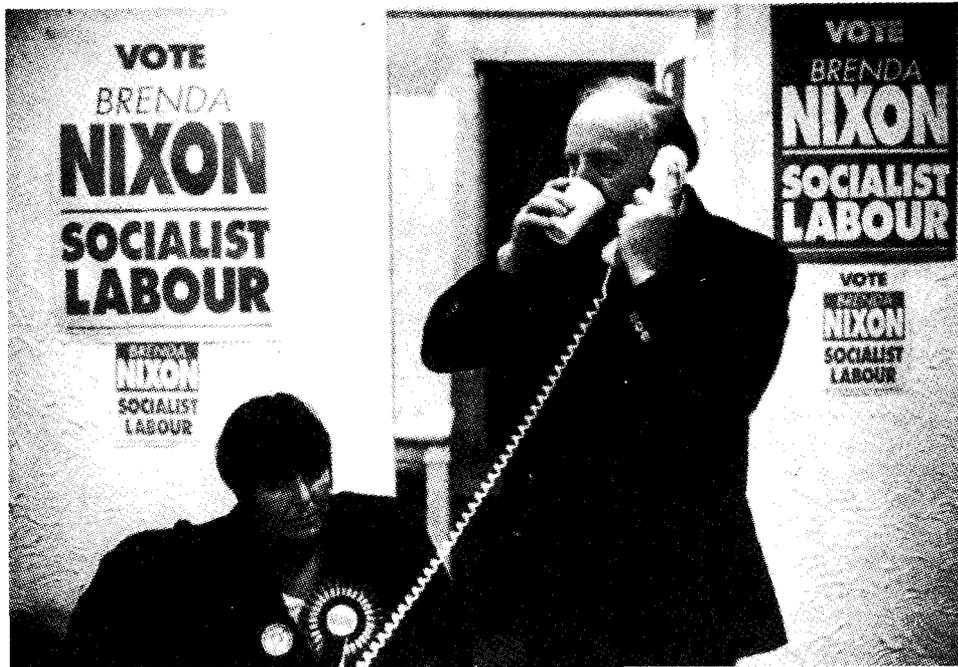
Zum ersten Mal seit Jahrzehnten wird der politische Würgegriff der britischen Labour Party über die Arbeiterbewegung von innen her durch eine wichtige Spaltung in Frage gestellt. Am 13. Januar verkündete der Gewerkschaftsführer der National Union of Mineworkers (NUM), Arthur Scargill, der den militanten Bergarbeiterstreik 1984/85 geführt hat, die Gründung seiner Socialist Labour Party (SLP), die gegen Tony Blairs „New“ Labour Party antreten wird. Die SLP hat inzwischen bei einer Nachwahl zum Parlament am 1. Februar in Hemsworth, einer früheren NUM-Hochburg, ihre erste Kandidatin aufgestellt, Brenda Nixon von der Women against Pit Closures Movement (Bewegung der Frauen gegen Zechenschließungen). Unsere Genossen von der Spartacist League/Britain (SL/B) riefen zur kritischen Unterstützung der SLP-Kandidatin auf und beteiligten sich aktiv an ihrem Wahlkampf.

Für Kommunisten, die dafür kämpfen, eine revolutionäre internationalistische Partei des Proletariats aufzubauen, ist es eine strategische Aufgabe, die Arbeiterklasse politisch von der Labour Party zu brechen. Obwohl das Programm von Scargills SLP einfach das der „alten“ Labour Party gegen die „Neue“ Labour Party von Tony Blair ist, stellt die Abspaltung eine Möglichkeit dar, für ein revolutionäres Programm bei den fortgeschrittensten Schichten des Proletariats Gehör zu finden. Wie die SL/B in ihrer Zeitung *Workers Hammer* schrieb, haben die Themen, über die Brenda Nixon ihre Kampagne führte, zusammen mit der Tatsache, daß sie für eine Partei der Opposition zur Labour Party kandidierte,

„... für Kommunisten eine Öffnung geschaffen, um zu intervenieren und der Arbeiterklasse die Notwendigkeit einer authentischen Arbeiterpartei zu zeigen — die von dem Verständnis durchdrungen ist, daß die einzige Garantie für das Wohlergehen der Arbeiterklasse in der Zerstörung eines Systems besteht, das auf der Ausbeutung der Arbeiter beruht.“

Als Revolutionäre streben wir danach, den Widerspruch, der in der britischen Labour Party zwischen den prokapitalistischen Führern und ihrer proletarischen Basis besteht, zu verschärfen und durch Spaltung zu überwinden. Während Trotzisten ihre strikte programmatische Unabhängigkeit von allen Flügeln der Labour-Bürokratie aufrechterhalten, können sie verschiedene taktische Möglichkeiten anwenden, um diese Widersprüche innerhalb der Labour Party zu verstärken.

Die sozialdemokratischen und stalinistischen Führungen der Arbeiterbewegung waren für den Sieg der kapitalisti-



Tom Pilston

Brenda Nixon, Kandidatin der Socialist Labour Party, mit dem Führer der Bergarbeitergewerkschaft Arthur Scargill

schen Konterrevolution in den bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten des ehemaligen sowjetischen Blocks unentbehrliche Agenten des Imperialismus. Aber angesichts der immer massiveren kapitalistischen Offensive und verschärfter interimperialistischer Rivalitäten ist ihr gegenwärtiger Nutzen für die herrschende Klasse geschrumpft, und sie sind dazu gezwungen, sich der „neuen Weltordnung“ anzugleichen, am deutlichsten in den USA und Britannien, aber auch in Deutschland und Frankreich.

Blair verspricht den Industriebossen nicht nur, daß der Kapitalismus unter Labour sicher sein wird, sondern daß er einen aggressiven Agenten für die Angriffe erhalten wird, die von der schwer diskreditierten Tory-Partei gefahren werden — die in sich gespalten und durch fortwährende Fraktionskämpfe zu den Fragen von Europa und Nordirland geschwächt ist. Unter Labour werden die Gewerkschaften weiterhin durch gewerkschaftsfeindliche Gesetze gefesselt sein, die dazu dienen, die Verteidigung von Arbeitsplätzen und -bedingungen zu verhindern. Die britischen Truppen werden in Nordirland bleiben, um die Unterdrückung der katholischen Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Rassistische Immigrationsgesetze werden bleiben. Unter Labour wird die herrschende Klasse riesige Profite erwirtschaften, während den Werktätigen die Vernichtung von Arbeitsplätzen und Austerität aufgebürdet werden.

Im Bestreben, die Labour Party an die offen kapitalistische Demokratische Partei der USA anzugleichen, hat Blair den Abbruch der historischen Bindungen von Labour an die

Fortgesetzt auf Seite 10

Scargills SLP...

Fortsetzung von Seite 9

Gewerkschaften betrieben und sogar den formalen Anspruch, für Sozialismus einzutreten, über Bord geworfen. So hat Labour auf dem Parteitag im letzten Jahr den „Artikel IV“ (Clause IV) der Satzung, der die Nationalisierung der Industrie forderte, aufgegeben. Für sich genommen ist dieser Artikel alles andere als eine revolutionäre Forderung, die zu leidenschaftlichen Spaltungen animieren könnte. Tatsächlich war er 1918 von den Fabier-Sozialisten unter Sydney Webb geschaffen worden, um die Welle von Arbeiterradikalisierung abzufangen, die von der Russischen Oktoberrevolution 1917 inspiriert wurde. Aber mit der Streichung des Artikels IV signalisierte Blair der Bourgeoisie, daß seine Stellung in der Labour Party stark genug ist, um auf die Gewerkschaften einzuschlagen, wenn seine Zeit gekommen ist. Wenn Blairs Plan beim letzten Parteitag besiegt worden wäre, wäre damit den Machenschaften des rechten Labour-Flügels ein großer Knüppel in den Weg geworfen worden. Dies hätte die Aussichten für proletarischen Kampf verbessert, die parlamentarische Sackgasse einer zukünftigen Labour-Regierung zu überwinden.

Wie *Workers Hammer* in der Januar/Februar-Ausgabe schrieb: „Der Kampf über Artikel IV widerspiegelt, wenn auch in verzerrter Weise, eine Klassenspaltung in der britischen Labour-Bewegung. Die Tatsache, daß die offenen Gegner des großen Bergarbeiterstreiks von vor zehn Jahren Gegner von Artikel IV sind, spricht Bände.“ Gleichzeitig unterstrichen unsere Genossen der SL/B, daß der Artikel IV „bestenfalls eine Erklärung von reformistischem parlamentarischem ‚Sozialismus‘“ war und ein „rosa‘ Feigenblatt“ für die Labour-Verräter.

Als Scargill seine Parteiabspaltung durchführte, brandmarkte der Bergarbeiterführer Blairs Streichung des Artikels IV als Verrat an der „sozialistischen Seele“ von Labour. Die Labour Party hat nie eine „sozialistische Seele“ gehabt. Sogar wenn man die Worte für bare Münze nähme, war der Artikel IV bestenfalls eine reformistische Utopie – keine Labour-Regierung würde die gesamten Produktionsmittel in „Gemeineigentum“ überführen. Doch die meisten selbsternannten „revolutionären“ Linken in Britannien sind den Labour-Verrätern so sehr verbunden, daß sie Scargills Spaltung von rechts verurteilten.

Als Scargills neue Partei zuerst in die Diskussion gebracht wurde, bekräftigte die Labour-treue Socialist Workers Party (hier vertreten durch die Internationale Sozialistische Organisation, ISO): „Die SWP ruft bei landesweiten und lokalen Wahlen zur Wahl von Labour auf, unabhängig davon, was Blair gemacht hat. Labour ist immer noch mit der Gewerkschaftsbewegung verbunden. Eine Stimme für Labour ist eine Klassenstimme“ (*Socialist Worker*, 11. November 1995). Auf der anderen Seite des reformistischen Spektrums steht Militant Labour (hier Sozialistische Alternative Voran, SAV), die Scargills Ankündigung begeistert begrüßte, weil sie darin eine Rückkehr zur „guten alten Zeit“ der Labour Party sieht. Militant Labour, die erst vor kurzem ihre jahrzehntelange loyale Mitarbeit innerhalb der Labour Party abgebrochen hat, bleibt der La-

bour-Politik weiterhin zutiefst verbunden. Ihre Politik wird von der Forderung gekrönt, daß eine „sozialistische Transformation“ durch ein „Ermächtigungsgesetz“ (enabling act) erreicht werden soll. Allein der Gedanke, daß das bürgerliche Parlament als Instrument dafür dienen kann, zum Sozialismus zu gelangen, und die bluttriefenden britischen Imperialisten durch einen Gesetzesakt von der Bühne getrieben werden könnten, schlägt jeder historischen Erfahrung ins Gesicht. Aber genau das entspricht dem Standpunkt von Militant Labour/SAV, daß der kapitalistische Staat das Werkzeug für eine grundlegende soziale Veränderung ist.

Die Pseudotrotzkisten von Workers Power (WP, in Deutschland Gruppe Arbeitermacht) spielten anfangs mit der Idee, eine loyale Opposition in der SLP aufzubauen. Sie erklärten: „Unser Ziel ist der Aufbau einer revolutionären Socialist Labour Party“ (*Workers Power*, Dezember 1995).



Der Spiegel

1984: Bergarbeiter verteidigen sich gegen Thatchers bezahlte Streikbrecher

Schwerlich. In Wirklichkeit konnte WP nicht einmal die Idee einer Partei, die in Opposition zur Labour Party steht, verkraften. Der gleiche Artikel sagt, daß „eine revolutionäre SLP zur Wahl von Labour in jedem Wahlkreis aufrufen“ würde, „wo es keinen revolutionären Kandidaten gibt, und sie weiterhin fordern würde, daß Labour in den Interessen dieser Arbeiter handelt.“

Labour ist jedoch immer, mit oder ohne „Artikel IV“, eine durch und durch *prokapitalistische* Partei gewesen. Das zeigt sich nicht zuletzt in ihrem offenen Streikbruch, den sie Seite an Seite mit der konservativen Thatcher-Regierung beging, als diese 1984/85 die NUM angriff, um die Gewerkschaft zu zerschlagen. Dieser Verrat der „linken“ und rechten Labour-Führer bahnte den Weg für einen verheerenden Angriff auf die gesamte Gewerkschaftsbewegung und für die Dezimierung der Kohlereviere. Heute ist die Frickley-Zeche in Brenda Nixons Wahlkreis Hemsworth, wo einst 2500 Bergarbeiter arbeiteten, komplett verödet. Ein ehemaliger Bergarbeiter sagte: „Ich werde Arthur wählen. Es ist eine Schande, was hier abgelaufen ist.“

Aber das reformistische Programm von Scargills SLP, das stillschweigend den Rahmen des kapitalistischen Parlamentarismus akzeptiert, bietet der Arbeiterklasse keinen Weg vorwärts. Wie das nachstehend abgedruckte Extrablatt (28. Januar) von *Workers Hammer* betont, ist eine internationalistische leninistische Avantgardepartei notwendig, die dadurch geschmiedet wird, daß die Arbeiterbasis von

Fortgesetzt auf Seite 20

David North, BSA: „Sozialistische“ Rechtfertigung für Streikbruch

Vor vier Jahren beschloß die von einem gewissen David North geführte Organisation namens Workers League in den USA (hierzulande Bund Sozialistischer Arbeiter, BSA), die Gewerkschaften abzuschreiben. Sie erklärten über den amerikanischen Gewerkschaftsbund: „Den AFL-CIO als Arbeiterorganisation zu definieren, bedeutet, der Arbeiterklasse den Blick auf die Realitäten zu verstellen“ (*neue Arbeiterpresse*, 10. Januar 1992). Jetzt haben North & Co. diese Charakterisierung aus dem Reich der Theorie in die Praxis umgesetzt und gezeigt, wofür sie wirklich steht: eine direkte Anleitung zum Streikbruch. Und zwar bei dem nach 17 Monaten verlorengegangenen Streik bei Caterpillar in Illinois und beim viermonatigen Kampf der Hafentarbeiter in Liverpool gegen Attacken auf ihre Gewerkschaft.

Als Anfang Dezember 1995 die Hafentarbeitergewerkschaften von Nordamerika bis Australien ankündigten, keine Schiffe zu löschen, die von Streikbrechern in Liverpool beladen wurden, schrieben Norths Anhänger in der britischen International Communist Party (ICP) einen niederträchtigen Artikel: „Hafentarbeiter müssen Pseudo-Internationalismus ablehnen“ (*International Worker*, 2. Dezember 1995). Darin nennen sie diese elementare Solidaritätserklärung einen „Schwindel“. Etwa zwei Wochen später weigerten sich Gewerkschafter der International Longshoremen's Association (ILA) in drei US-Häfen, ein Streikbrecherschiff der Atlantic Container Lines abzufertigen. Damit respektierten sie die aus Liverpool eingeflogenen Streikposten der Hafentarbeiter und gaben ihrem Streik gewaltigen Auftrieb.

Um ihre antiinternationalistische und antiproletarische Linie zu bemänteln, weisen die North-Leute auf die „Geschichte“ der ILA hin, die „mit dem US-Außenministerium und mit CIA-unterstützten Auslandsoperationen zusammengearbeitet hat“. Ganz schön dreist von diesen politischen Banditen, die sich für jede von den Imperialisten unterstützte antisowjetische Bewegung einsetzen, von den litauischen Nationalisten bis zu den blutrünstigen reaktionären Mudschaheddin in Afghanistan. Norths Workers League verbrachte Jahrzehnte damit, hinter den antikommunistischen Arbeiterführern her zu scharwenzeln und an Leute wie den ehemaligen AFL-CIO-Führer George Meany zu appellieren, eine „Labour Party“ zu gründen. Heute, wo nach der Zerstörung der Sowjetunion die kapitalistischen Herrscher aller Länder ihren Krieg gegen die Gewerkschaften, die Armen und die Immigranten eskalieren, erzählen Norths Anhänger den Arbeitern, daß jeder Kampf der Gewerkschaften gegen diese Angriffe sinnlos sei.

Wie die jetzige Linie der North-Leute gegen die organisierte Arbeiterbewegung mit ihrem historischen Antisowjetismus zusammenhängt, wird klar, wenn man den kürzlichen Appell des ICP-Nationalsekretärs David Hyland an die zutiefst reformistische Gruppe Militant Labour liest, wo er zu einer „sozialistischen Massenpartei“ aufruft. Hyland ruft offen dazu auf, „den Einfluß und die Kontrolle der alten Gewerkschaften [zu] zerstören“, und als Beweis dafür, daß jede „gewerkschaftliche Perspektive“ bankrott sei, führt er an: „das Beispiel von Solidarność in Polen“ (*neue Arbeiterpresse*, 28. September 1995). Tatsächlich war Solidarność eine konterrevolutionäre politische Bewegung, getarnt als „Gewerkschaft“ im Dienste ihrer Geldgeber von CIA und Vatikan, die von den North-Leuten bejubelt wurde, als sie polnische Arbeiter auf einem Programm der kapitalistischen Restauration organisierte.

North & Co. haben noch nie zwischen den Gewerkschaften und der prokapitalistischen Bürokratie unterschieden, die die Gewerkschaften an die Ausbeuter und deren Staat kettet. Jetzt sind North & Co. zu Verfechtern des Streikbruchs geworden. In einem Bericht über den Streik der Gewerkschaft UAW bei Caterpillar, der von der UAW-Bürokratie auf der ganzen Linie verraten wurde, schreibt ihre amerikanische Zeitung: „UAW-Funktionäre haben versucht, die Schuld von sich abzuwälzen für das, was geschehen ist, indem sie die Wut der Streikenden auf die ‚Streikbrecher‘ umlenkten, d. h. auf die Gewerkschaftsmitglieder, die sich entschieden, Streikposten zu überqueren“ (*International Workers Bulletin*, 18. Dezember 1995). „Streikbrecher“ in Führungszeichen zu setzen ist kein Ausrutscher. Tatsächlich rechtfertigt der Artikel Streikbruch und behauptet, daß „die große Mehrheit der 4000 Gewerkschaftsmitglieder, die an die Arbeit zurückgingen, nicht rechtsgerichtet oder gewerkschaftsfeindlich war. Die meisten erkannten einfach die Sinnlosigkeit der Politik, die von der UAW betrieben wird, die schließlich den vorhergehenden Streik fallengelassen hatte.“ Bieten sich die North-Leute als PR-Agentur für die wachsende Armee von Streikbrechern an, weil Unternehmen jetzt jedes Jahr Milliarden ausgeben, um zur Zerstörung von Gewerkschaften Anwälte und Privatbullen anzuheuern?

Internationale Aktionen der Hafentarbeiter, die Streikbrecherladungen zu „boykottieren“, sind ein Beispiel für die Art von echter Solidarität in Aktion, die die Gewerkschaften gegen die weltweite Offensive des Kapitals stärken können. Unsere Perspektive ist die Schmiedung einer neuen, klassenkämpferischen Führung in der Arbeiterbewegung als Teil des Kampfes, eine revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen. Dies erfordert einen harten politischen Kampf, um die Bürokratie der Ausverkäufer – die Handlanger der Bosse – rauszutreiben, die die Gewerkschaften unterminieren und zerstören. Dieser Kampf muß auch gegen Streikbrecher-, „Sozialisten“ wie die North-Leute geführt werden, die die besten Traditionen der Arbeiterkämpfe mit Füßen treten, während sie auf der Seite der kapitalistischen Gewerkschaftsfeinde stehen.

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 637, 19. Januar

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Volles Abo (6 Ausgaben): DM 5,—
 Auslandsabo: DM 15,—; Übersee Luftpost: DM 20,—
 beide Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Sp 122

Bestellt bei:
 Postfach 555
 10127 Berlin

Konto 11988-601
 Postgiro Frankfurt/Main
 BLZ 500 100 60

Frauen und Revolution

Veröffentlicht in Zusammenarbeit zwischen *Spartakist* und *Women and Revolution* (USA)



Ursprünge des Bolschewismus Die russische revolutionäre Tradition

Der folgende Artikel aus Women and Revolution Nr. 41, Sommer/Herbst 1992, ist das überarbeitete Transkript einer Rede, die Joseph Seymour, Mitglied der Redaktion von Women and Revolution, bei einer Schulungskonferenz der Spartacist League/U.S. am 2. Mai 1992 in der Bay Area in Kalifornien gehalten hat.

Teil eins von zwei

Die Ursprünge dieser Rede gehen auf Gespräche zurück, die ich vor ein paar Jahren mit zwei Genossen geführt habe, die sehr direkt und aktiv in die Arbeit einbezogen waren, in der Sowjetunion eine Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga aufzubauen. Wir redeten darüber, wie erbärmlich die heutige russische Intelligenz ist, die Pro-Wall-Street-Leute, die als „Demokraten“ posieren, ebenso wie die stalinistischen selbsternannten „Patrioten“. Besonders alarmierend war, wie tiefgehend Frauenunterdrückung und wie durchdringend männlicher Chauvinismus existieren, nicht nur in der sowjetischen Gesellschaft insgesamt, sondern sogar unter Leuten, die sich selbst als Kommunisten, Leninisten, Möchtegern-Trotzkisten sahen.

Während wir redeten, bin ich darauf gekommen, daß die

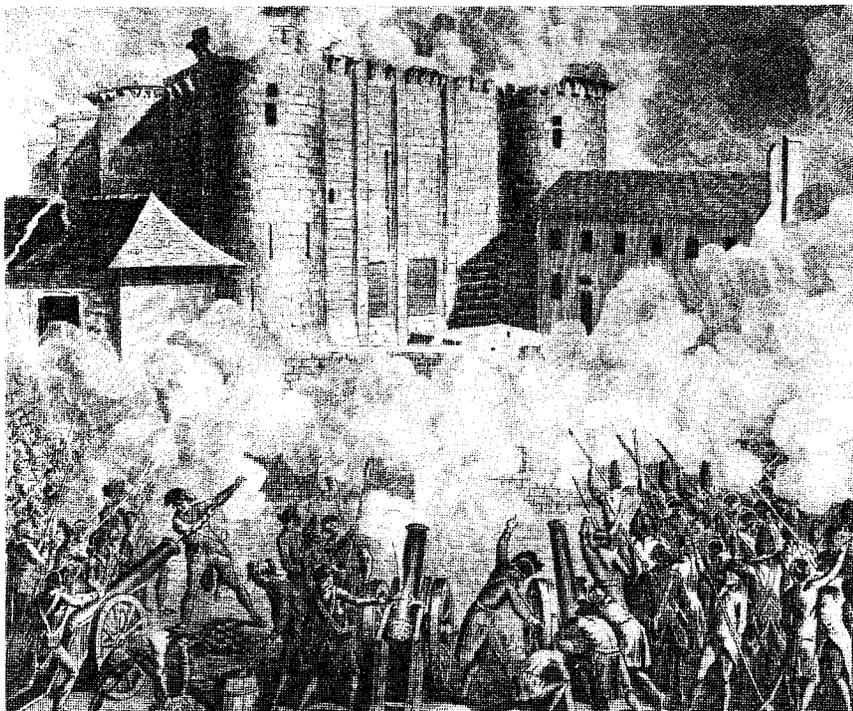
heutige russische Intelligenz sich nicht nur zutiefst vom Bolschewismus entfremdet hat, sondern auch von den vielen Generationen russischer Revolutionäre, die dem Bolschewismus vorangingen und in ihm gipfelten. Wenn der Geist von Nikolai Tschernyschewski, der der größte russische Sozialist in der Ära vor Marx war – ein Mann, der einen tiefgehenden Einfluß auf Lenin hatte –, heute an seine alten intellektuellen Lieblingsstätten, die Universitäten und Redaktionsbüros Rußlands, zurückkehren könnte, wäre er nicht in der Lage zu verstehen, wie irgend jemand, der sich Demokrat nennt, den Wunsch haben könnte, Rußland nach dem Vorbild des westlichen Kapitalismus umzuwandeln. Demokrat zu sein bedeutete für ihn, für soziale Gleichheit einzutreten. Es bedeutete, für die Herrschaft der unteren Klassen der Gesellschaft einzutreten. Die russischen Revolutionäre verachteten die Bourgeoisie, sowohl die russische Version als auch die westliche.

Tschernyschewski würde es noch weniger verstehen, wie irgend jemand sich Kommunist nennen und trotzdem ein russischer Nationalist, männlicher Chauvinist und Antisemit sein könnte. Denn ein Kommunist zu sein bedeutete per definitionem, ein *Internationalist* zu sein, entschieden für die Gleichberechtigung und Befreiung der Frauen einzutreten und Juden als Gleiche und als Genossen zu begrüßen. Seit

den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts spielten Juden eine prominente Rolle in allen russischen radikalen Bewegungen, in allen Flügeln der Volkstümlerbewegung und später in allen Flügeln des Marxismus.

Und Frauen spielten in der russischen revolutionären Bewegung eine viel prominentere Rolle als in irgendeinem anderen Land der Welt. Frauen wie Wera Sassulitsch und Sofia Bardina von Land und Freiheit, der wichtigsten Volkstümler-Organisation, waren harte, zähe, der Sache ergebene Revolutionäre. Von der Erschießung des Polizeikommandanten Trepow im Jahre 1878 bis zur Ermordung des zaristischen Generals Luschenowski durch Maria Spiridonowa 1906 führten russische Frauen einige der spektakulärsten terroristischen Anschläge durch. Nach der Revolution von 1905 erkannte ein zaristischer Gefängnisbeamter auf seine Art die Gleichheit der Frauen an: „Die Erfahrung zeigt, daß Frauen, was Kriminalität, Fähigkeiten und Willen zur Flucht angeht, kaum von Männern zu unterscheiden sind.“

Wenn wir in eine Zeitmaschine steigen und zur Welt von Tschernyschewski sowie Land und Frieden zurückgehen könnten, würden wir große Auseinandersetzungen über Bauernsozialismus und die Effektivität von Terrorismus



Paul Jacob Laminit

Die Französische Revolution, symbolisiert durch den Sturm auf die Bastille im Juli 1789, inspirierte Generationen russischer Revolutionäre, von den Dekabristen bis zu den Bolschewiki



Dietz

Progress Publishers

Revolutionäre Frauen von Wera Sassulitsch (links) bis Maria Spiridonowa führten spektakuläre Terrorakte aus

haben. Aber in einem tiefergehenden Sinne würden wir uns unter Genossen fühlen. Was wir also heute in Rußland versuchen, ist, seine *eigene* große revolutionäre Tradition wieder einzuführen, eine Tradition, die nach jahrzehntelanger stalinistischer Herrschaft und unter dem Druck des westlichen Imperialismus auf den sowjetischen bürokratisch degenerierten Arbeiterstaat pervertiert und abgewertet oder einfach vergessen wurde.

Französische Jakobiner und russische Dekabristen

Diese Tradition beginnt mit den Dekabristen, einer Gruppe revolutionärer demokratischer Offiziere, die im Dezember 1825 versuchten, die zaristische Autokratie zu stürzen. Aber die Dekabristen selbst fangen mit der Französischen Revolution an, der Quelle des Radikalismus in der modernen Welt. Es ist eine der Ironien der Geschichte, daß die russische Armee, die der Zar nach Westeuropa schickte, um die Französische Revolution in ihrer napoleonischen Phase zu zerschlagen, zum Transmissionsriemen der Ideale dieser Revolution nach Rußland hinein wurde. Einer der Dekabristen schrieb später:

„Während der Feldzüge durch Deutschland und Frankreich kamen unsere jungen Männer mit der europäischen Zivilisation in Berührung, was bei ihnen die stärksten Eindrücke hinterließ. Sie waren in der Lage, all das, was sie in der Ferne gesehen hatten, mit dem zu vergleichen, womit sie zu Hause bei jedem Schritt konfrontiert waren: Sklaverei der Mehrheit der Russen, grausame Behandlung von Untergebenen durch Vorgesetzte, alle Formen von Regierungsmissbrauch und allgemeine Tyrannei.“

Die Dekabristen waren also der verspätete Versuch, die Französische Revolution auf Rußland auszuweiten. Einer ihrer Hauptführer war der Sohn des russischen Botschafters im napoleonischen Frankreich; er wuchs in einem Milieu auf, das von ehemaligen jakobinischen Revolutionären, darunter Napoleon selbst, durchsetzt war. Ein anderer prominenter Dekabrist besuchte, als er 1815 in Paris stationiert war, reihum die führenden Intellektuellen, darunter Henri Saint-Simon, einen der frühesten Theoretiker des Sozialismus. Saint-Simon versuchte, diesen jungen russischen Adligen davon zu überzeugen, den Sozialismus in seinem Heimatland einzuführen.

Der radikalste Dekabrist, Pawel Pestel, war persönlich nicht in Frankreich gewesen, obwohl er sich selber aus ganzem Herzen mit den französischen Revolutionären identifizierte. Aber er ging über das Jakobinertum hinaus. In den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts begannen die Ideen des Sozialismus unter der europäischen Intelligenz Fuß zu fassen. Pestel versuchte, eine radikale bürgerlich-demokrati-



Ullstein

Weibliche politische Gefangene besteigen Zug ins sibirische Exil

sche Revolution mit Elementen des Sozialismus zu verbinden. Er schlug vor, das Land den Adligen wegzunehmen und es den Bauern zu geben — zur Hälfte zur privaten Bewirtschaftung, die andere Hälfte zur kollektiven Bewirtschaftung, so daß keine Bauernfamilie Hunger leiden mußte. Und Pestel nannte dies das Russische Gesetz. Nachdem der Aufstand unterdrückt worden war, fanden die zaristischen Behörden das Russische Gesetz unter Pestels privaten Aufzeichnungen. Statt es bei seinem Prozeß vorzubringen, hielten sie es für so aufrührerisch und attraktiv, daß sie es in einem Geheimarchiv vergruben. Fast 100 Jahre lang kam es nicht ans Tageslicht.

Ein alter reaktionärer General lag im Sterben, als er vom Aufstand der Dekabristen hörte, und dies verblüffte ihn. Er sagte: „Früher hatten wir Aufstände von Bauern, die Adlige werden wollten, jetzt haben wir einen Aufstand von Adligen, die Schuhmacher werden wollen.“ Die Dekabristen wollten keine Schuhmacher werden, sie machten sich keine Gedanken über ihren zukünftigen persönlichen Status. Aber dieser alte Reaktionär hatte etwas verstanden: daß dies eine Bewegung einer Elite war, isoliert von den Massen der Bauern, in deren Interesse sie sprachen und zu handeln versuchten. Und dies sollte für die russische revolutionäre Intelligenz während des ganzen 19. Jahrhunderts gelten. Anfänglich bestand dieses Milieu hauptsächlich aus den Söhnen von Adligen, später aus den Söhnen und Töchtern der sogenannten „Mittelklasse“, den Kindern zaristischer Bürokraten oder, wie Tschernyschewski, russischer orthodoxer Priester. Erst gegen Ende des Jahrhunderts, in der Mitte der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts, erlangte der marxistische Flügel der Intelligenz eine Massenbasis unter dem schnell anwachsenden Industrieproletariat.

Die Dekabristen waren die erste revolutionäre bürgerlich-demokratische Bewegung in Rußland. Sie waren auch die letzte Bewegung dieser Art. Das heißt, sie waren die letzte Bewegung, die versuchte, den Zaren zu stürzen, um die

Fortgesetzt auf Seite 14

Revolutionäre Tradition...

Fortsetzung von Seite 13

russische Gesellschaft im Stile des damaligen Westeuropa oder Nordamerika umzugestalten. Danach haben diejenigen, die Rußland im Stil des westlichen Kapitalismus umgestalten wollten, sich selbst nicht Demokraten genannt, denn sie waren keine Demokraten; sie nannten sich Liberale. Sie wollten die zaristische Autokratie nicht stürzen. Statt dessen wollten sie die zaristische Autokratie mit Druck dazu bringen, Rußland von oben zu modernisieren. Ihr Ziel war eine konstitutionelle Monarchie, in der der Monarch stark blieb und die Verfassung die Herrschaft der besitzenden Klassen garantierte. Wie Tschernyschewski es formuliert hat: „Die Liberalen weigern sich absolut, den unteren Schichten irgendein Übergewicht in der Gesellschaft einzuräumen.“

Die erste russische sozialistische Bewegung

Nach der Unterdrückung der Dekabristen dauerte es eine weitere Generation, bis eine neue revolutionäre Bewegung entstand. Dies war der sogenannte Petraschewski-Zirkel, eine Gruppe von mehreren hundert Radikalen um Michail Petraschewski. Zu jener Zeit war die russische orthodoxe Kirche nach Geschlechtern getrennt, und um seine Unterstützung für die Gleichheit der Frau und seine Auflehnung gegen die Staatskirche zu zeigen, zog sich Petraschewski Frauenkleider an und nahm an einem Gottesdienst nur für Frauen teil. Er hatte aber vergessen, seinen Bart abzurazieren! Ein Polizist kam auf ihn zu und sagte: „Madame, ich glaube, Sie sind ein Mann.“ Petraschewski erwiderte: „Mein Herr, ich denke, Sie sind eine alte Frau.“ Der Polizist war so perplex, daß Petraschewski entkommen konnte.

Während die Dekabristen Westeuropa noch im Lichte der Erinnerung an die Französische Revolution sahen, sahen eine Generation später Petraschewski und seine Genossen in Westeuropa nur noch eine Arena der schrecklichen Ausbeutung der unteren Klassen durch die besitzenden Klassen. Sie identifizierten sich mit der sozialistischen Opposition gegen die westliche bürgerliche Gesellschaft,

und als Ziel setzten sie sich die Anwendung des westlichen Sozialismus auf Rußland. Angesichts von allem, was heute in Rußland passiert, ist es wichtig zu betonen, daß diese allererste russische sozialistische Bewegung ein unversöhnlicher Gegner des russischen Nationalismus in *allen* seinen Formen war. Sie war natürlich ein Gegner der Slawophilen, die das Rußland vor Peter dem Großen idealisierten und die Vergeistigung des russischen Volkes dem krassen Materialismus des bürgerlichen Westens entgegensetzten. Aber Petraschewski und seine Genossen waren auch Gegner radikaler Demokraten wie Belinski, die argumentierten, daß der Fortschritt der Menschheit *mittels* Nationen passiert, nicht durch das Überwinden von Nationen. Gegen diese Sichtweise argumentierten sie: „Sozialismus ist eine kosmopolitische Doktrin, die höher steht als Nationalitäten... für Sozialisten existieren unterschiedliche Nationen nicht, es gibt nur Menschen.“

Der Petraschewski-Zirkel war das genaue zeitgenössische Gegenstück zum deutschen Bund der Gerechten, aus dem der Bund der Kommunisten entstand, für den Marx das Kommunistische Manifest schrieb. Wie Marx glaubten Petraschewski und seine Genossen, daß das Gespenst des Kommunismus in Europa umging. Und Rußland war Teil Europas. Sie erwarteten für die nähere Zukunft eine sozialistische Revolution in ganz Europa, überwiegend proletarisch im Westen und überwiegend auf Bauern gestützt im Osten. Sie glaubten, daß der Ausbruch der Revolutionen 1848 in Westeuropa der Beginn dieser Entwicklung sei, und sie wollten unmittelbar aktiv daran mitwirken. Sie begannen darüber zu diskutieren, wie sie nun tatsächlich den Zaren stürzen könnten. Aber bevor sie damit weit gekommen waren, wurden sie durch die zaristische Staatsgewalt einfach zerschlagen. Nikolaus I. war auf seine Art in Panik über das Gespenst des Kommunismus und ging daran, dessen schwaches Spiegelbild unter einem kleinen Teil der russischen Intelligenz zu zerstören.

Die Ursprünge der Volkstümlerbewegung

Die Revolutionen von 1848 und die darauf folgenden Konterrevolutionen durch die vereinten Kräfte der bürgerlichen und monarchistischen Reaktion sind die große historische Wasserscheide Europas im 19. Jahrhundert. Unter anderem entstand dadurch die russische Volkstümlerbewegung als eine eigenständige Strömung des europäischen Sozialismus. Petraschewski und seine Genossen hatten geglaubt, daß der Sozialismus als Teil einer allgemeinen europäischen Revolution nach Rußland kommen würde. Diese Vision wurde auf den Barrikaden in Paris, Wien, Rom und anderswo besiegt.

Ein Zeuge dieser Niederlage war Alexander Herzen, der Gründer der russischen Volkstümlerbewegung. Herzen war ein radikaler Demokrat gewesen, der nach Westeuropa emigrierte, und er erlebte die Revolutionen von 1848 in Frankreich und Italien. Aber Herzen blieb optimistisch in Bezug auf die Perspektiven einer Revolution in Rußland. Wenn jedoch Rußland eine Revolution vor und unabhängig von Westeuropa haben sollte, dann müßte diese in erster Linie eine Bauernrevolution sein, denn das Industrieproletariat war sehr klein. Ein deutscher Konservativer, Baron Haxthausen, der Rußland um 1840 besucht hatte, schrieb ein Buch, in dem er sagte, daß Rußland keine sozialistische Revolution brauche, da es



Granger Collection

Preußische Soldaten stürmen Barrikaden von kleinbürgerlichen Demokraten Ende 1848 in Frankfurt. Niederlage der Revolutionen 1848 führte zur Entwicklung der russischen Volkstümelei als eigener Strömung des europäischen Radikalismus



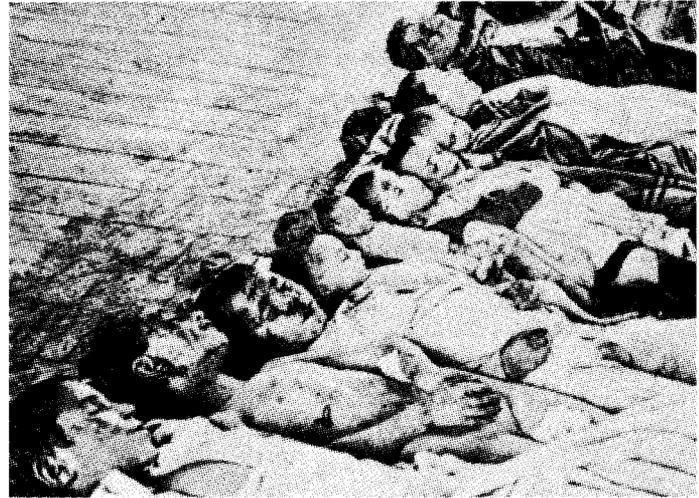
International Publishers

schon Sozialismus in der Form der traditionellen Bauernkommune habe. Nach 1848 akzeptierte Herzen diese Annahme und argumentierte, daß das, was im Westen eine proletarische Revolution erfordere, auf der Basis der russischen ländlichen Institutionen erreicht werden könne, wenn die Gesellschaft nur genügend demokratisiert würde.

Es ist wichtig zu betonen, daß die russischen Volkstümmler zwar einen anderen Weg zum Sozialismus in Rußland sahen, aber doch das gleiche Ziel wie die westlichen Revolutionäre hatten. Deshalb hatte Marx auch immer ein sehr hohes Ansehen in der russischen volkstümmlerischen Bewegung. Eine der frühen Volkstümmler-Gruppen im Untergrund schrieb an Marx in London und schlug vor, er solle Rußland genauso wie Deutschland im Führungsgremium der Ersten Internationale vertreten. Die erste Sprache, in die *Das Kapital* übersetzt wurde, war Russisch. Es kam durch die zaristische Zensur, die sich dachte, daß ein so trockenes und abstraktes Buch wie *Das Kapital* niemanden zu revolutionärer Leidenschaft inspirieren könne, und es wurde sofort ein Bestseller. Am Ende seines Lebens sagte Herzen, daß er immer den Ideen von Saint-Simon treu geblieben sei, der eine extrem technologisch fortgeschrittene Konzeption des Sozialismus hatte.

Darin lag der grundlegende Widerspruch der russischen Volkstümmlerbewegung. Die Volkstümmler projizierten auf die Bauernkommune nicht nur wirtschaftliche Gleichheit, sondern auch soziale Gleichheit auf allen Ebenen – die Gleichberechtigung der Frauen, eine freiheitliche Konzeption der sexuellen Beziehungen, einen Glauben an Materialismus und den Fortschritt der Wissenschaft. Sie glaubten, der russische Bauer, der den Zaren verehrte, unter der Fuchtel der Priester stand und seine Frau schlug, könnte für die Weltsicht eines Saint-Simon oder Marx gewonnen werden. Solch eine Illusion konnte nur so lange überleben, wie die Bewegung der Volkstümmler ausschließlich eine Bewegung der Intelligenz war. Und in der Tat markierte die Bewegung „Zum Volk“ den Anfang vom Ende des russischen Volkstümlertums.

Die revolutionäre Volkstümmlerbewegung machte vier unterschiedliche Phasen durch. Die erste Phase wurde eingeleitet durch den Krim-Krieg 1853–55, in dem Rußland von England und Frankreich besiegt wurde. Diese Niederlage rief Schockwellen hervor in den russischen oberen Klassen. Zar Nikolaus I. starb 1855 (einige sagen, er habe aus einem Gefühl des Schams heraus Selbstmord begangen). Sein Nachfolger, Alexander II., schien ein Libera-



Charles Zunzer

Links: Orthodoxe Priester führen Aufmarsch pogromistischer Schwarzhunderter an (1907). Oben: Jüdische Kinder, ermordet bei einem Pogrom in Jekaterinoslaw

ler zu sein, und Ende der 50er Jahre erlebte Rußland die zaristische Version von Glasnost und Perestroika. Die Zensur wurde erheblich gelockert, und die zaristische Regierung begann, über grundlegende Reformen des Systems der Leibeigenschaft zu reden.

Anfänglich verlangten volkstümmlerische Intellektuelle wie Herzen und Tschernyschewski, der Zar solle die adligen Großgrundbesitzer enteignen und das Land den Bauern geben. Einige glaubten, daß die zaristische Selbstherrschaft von oben das Erreichen würde, was die Französische Revolution von unten erreicht hatte. Es wurde jedoch bald klar, daß die legale Emanzipation der Leibeigenen so durchgeführt werden würde, daß die Ausbeutung der Bauern durch die Grundbesitzer und den absolutistischen Staat weiter fortbestand. In den ersten Jahren nach Abschaffung der Leibeigenschaft waren die wirtschaftlichen Verhältnisse für die Bauernschaft sogar schlimmer als vorher. Als das Emanzipationsedikt von 1861 verlesen wurde, provozierte es vereinzelt Bauernaufstände; die Bauern dachten, es sei ein von den örtlichen Bürokraten und Grundbesitzern gefälschtes Dokument. Das sogenannte Emanzipationsedikt markierte den Beginn des revolutionären Volkstümlertums. Die Intelligenz war inzwischen davon überzeugt, daß sie die zaristische Selbstherrschaft stürzen und eine demokratische Republik schaffen müßte, um einen auf die Bauern gestützten Sozialismus zu errichten.

Die „gemeinsame Sache“: Frauen in der revolutionären Bewegung

In den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts entstanden die ersten revolutionären Untergrundorganisationen. Sie wurden ohne große Mühen zerschlagen. Tschernyschewski selbst wurde ins Gefängnis gesteckt und dann ins Exil verbannt. Aber die zaristische Repression unterdrückte damit beileibe nicht die revolutionäre Bewegung der Volkstümmler. Im Verlauf des nächsten Jahrzehnts wurde aus einer Gruppe von vielleicht 200 oder 300 Intellektuellen eine Massenbewegung der Intelligenz mit Tausenden von Aktivisten und vielleicht zehnmal so vielen Sympathisanten.

Ein dreiseitiger politischer Kampf entwickelte sich während dieser Periode innerhalb der russischen Intelligenz, die sich mehr oder weniger der existierenden sozialen und politischen Ordnung entgegenstellte: die Slawophilen, die Liberalen und die revolutionären Volkstümmler. In diesem Kampf gewannen mühelos die Volkstümmler, und zu Beginn der

Fortgesetzt auf Seite 16

Revolutionäre Tradition...

Fortsetzung von Seite 15

70er Jahre waren die russischen Universitäten eine Bastion der revolutionären Volkstümlerbewegung.

Vielleicht der entscheidende Faktor für den Sieg der Volkstümler war, daß sie in der Lage waren, die enormen Reserven der *Frauen* der gebildeten Schichten zu mobilisieren. Diese Bewegung befreite buchstäblich Tausende von Frauen von den Fesseln der patriarchalischen Familie. Eine Frau durfte legal nicht allein leben ohne Zustimmung ihrer Eltern oder ihres Ehemannes, wenn sie verheiratet war. Um dies zu umgehen, wurde die Scheinehe zu einer Art Standardaktivität in der radikalen Bewegung. So könnte etwa einem jungen Studenten von einem Freund erzählt worden sein, er kenne eine Frau mit fortschrittlichen Ansichten, die ins Ausland gehen wolle, um Medizin zu studieren (eine Frau konnte in Rußland nicht Medizin studieren). Und dann traf man sich zum ersten Mal vor der Kirche; man ging hinein, heiratete, man kam wieder heraus, er gab ihr ihren Paß, der unter seiner Kontrolle war, und sagte: „Jetzt steht es dir frei, wegzugehen und Medizin zu studieren und zu tun, was du gerne möchtest.“

Während der 60er Jahre wurde in der russischen revolutionären Bewegung die Teilnahme von Frauen in weit größerem Maße erreicht als in den Bewegungen in Westeuropa. Diese Frauen wiesen gleichzeitig Feminismus im westlichen Stile bewußt zurück, das heißt die Idee, eine separate Bewegung hauptsächlich von Frauen aufzubauen, um Druck auf die existierende Regierung auszuüben, damit diese Gesetze zugunsten der Gleichberechtigung der Frauen verabschiedet. Ihre Vorstellung war es, die Gleichheit der Frauen durch das zu erreichen, was sie die „gemeinsame Sache“ nannten, eine umfassende soziale Revolution, an der sie gleichberechtigt mit den männlichen Revolutionären teilnehmen würden. Vera Figner, die die wichtigste Führerin der terroristischen Organisation Volkswille in ihrer Schlußphase wurde, erinnert sich, wie sie und ihre radikalen russischen Mitstudentinnen an der Universität von Zürich diese Frage einschätzten:

„Im allgemeinen waren die Studentinnen im Ausland als Gruppe keine Vorkämpferinnen der Frauenfrage und belächelten jede Erwähnung davon. Wir kamen ohne den Gedanken, Pioniere in der Frauenfrage zu sein oder sie lösen zu wollen. Wir glaubten nicht, daß sie einer Lösung bedurfte. Sie war ein Ding der Vergangenheit; das Prinzip der Gleichheit zwischen Mann und Frau war in den 60er Jahren erreicht worden.“

Was Figner meinte, war natürlich, daß es innerhalb der revolutionären Bewegung erreicht worden war, nicht in der russischen Gesellschaft insgesamt. Die russischen Volkstümler, in ihrer eigenen Sprache „Narodniki“ genannt, waren sich sehr scharf der schrecklichen Unterdrückung der Frauen bewußt. Bei einem Massenprozeß gegen Volkstümler 1877 beschuldigten die zaristischen Ankläger sie der Unterminierung der Familie. Sofia Bardina antwortete darauf:

„Was die Familie angeht ... wird sie nicht zerstört durch ein soziales System, das eine verelendete Frau dazu zwingt, sich der Prostitution hinzugeben, und das sogar diese Prostitution als legales und notwendiges Element jedes zivilisierten Staates heiligt? Oder sind wir es, die die Familie zerstören? Wir, die wir versuchen, diese Armut auszumerzen — den wichtigsten Grund für alle Übel der Gesellschaft, einschließlich der Auflösung der Familie?“

„Zum Volk“

Mitte der 70er Jahre unternahm die volkstümlerische Intelligenz, die in Land und Freiheit organisiert war, einer gesamt-russischen ziemlich stark zentralisierten Organisation der Avantgarde der Narodniki, einen heroischen Versuch, das zu stürzen, was Bardina das „soziale System“ nannte. Dies war die Bewegung „Zum Volk“. Tausende von revolutionären Intellektuellen schwärmten in die Dörfer hinaus und versuchten, die Bauern anzuspornen, sich in einer radikal-demokratischen und sozialen Revolution zu erheben. Die Reaktionen waren nicht positiv. Einer der führenden Veteranen dieser Bewegung berichtete:

„Ich bemerkte, daß jede scharfe Tirade gegen den Zaren oder gegen die Religion bei den Bauern eine extrem ablehnende Haltung hinterließ; sie waren ebenso zutiefst verblüfft über energische Appelle für eine Rebellion oder einen Aufstand.“

Wenn die Narodniki-Intellektuellen sagten, die Bauern sollten das Land der Grundbesitzer haben, stießen sie auf Zustimmung. Aber die Bauern waren nicht bereit, sich gegen den Staat aufzulehnen, um dies durchzusetzen.

Während der Hauptteil der Narodniki-Intellektuellen in die Dörfer ging, blieben einige in den Städten und versuchten, Fabrikarbeiter zu agitieren und zu organisieren. Hier waren sie merklich erfolgreicher. Es gelang ihnen, einige fortschrittliche Arbeiter zu gewinnen wie Stepan Chalturin, der sich der Führung von Land und Freiheit anschloß und kleine, aber bedeutsame verbündete Organisationen von Arbeitern aufbaute.

Einer der führenden Intellektuellen der Volkstümler bei der Organisation der Arbeiter war Georgi Plechanow. Anfänglich akzeptierte Plechanow, was man die herkömmliche Linie der Volkstümler nennen könnte: Fabrikarbeiter sind einfach Bauern, die Saisonarbeit in den Fabriken leisten, was keine Auswirkungen auf ihre Sympathien und Verbindungen zum Dorf hat. Aber Plechanows eigene Erfahrungen brachten ihn dazu, dies in Frage zu stellen. 1879 schrieb er:

„Die Frage der städtischen Arbeiter ist solcherart, daß man sagen kann, sie wird automatisch durch das Leben selbst in den Vordergrund, an einen angemessenen Platz gestellt, trotz der theoretischen A-priori-Entscheidungen der revolutionären Führer.“

Die Bewegung „Zum Volk“, die notwendigerweise recht offen operierte, setzte die Narodniki massiver staatlicher Repression aus. Diese Repression, kombiniert mit der Enttäuschung darüber, daß die Bewegung ihr grundlegendes Ziel nicht erreicht hatte, ebnete der letzten Phase des revolutionären Volkstümlertums den Weg: der Wende hin zum Terrorismus.

[WIRD FORTGESETZT]

Women and Revolution

Islamic Fundamentalists Vow to Kill Woman Writer
Defend Taslima Nasrin!

Women and the Permanent Revolution in Bangladesh

SEE PAGE 12

Interview With Taslima Nasrin by Vladimir Lenin by Taslima Nasrin

Date: 1994-1994: First Editor of women and revolution

Letters: On Language and Liberation

Profile: The Working Class Must Take Up the Fight for Women's Rights

Japan's Answer to AIDS: Great Success, Neglect

France: Reveal Louis Pasteur's Secrets

Down With the Anti-Sex Witchhunt!

The Death of Gay Liberation? Paris' Communist Party

Low Profile March

Family Values R Us

AUSTRALIA: A61 50 BRITAIN: £78 CANADA: Cdn\$150 IRELAND: IR£75 USA: US\$1

BESTELLT!

Nr. 44
Winter 1994 —
Frühjahr 1995
DM 2, — (40 Seiten)

Englischsprachige
Zeitschrift der
Frauenkommission der
Spartacist League/U.S.

Im Jahres-Abonnement
von *Workers Vanguard*,
14tägige Zeitung der
Spartacist League/U.S.,

enthalten
Seepost: DM 20, —
Luftpost: DM 50, —

Bestellt bei:

SpAD, Postfach 555, 10127 Berlin
Postgiro Frankfurt/Main, Konto 119 88-601, BLZ 500 100 60

„Bündnis für Arbeit“...

Fortsetzung von Seite 1

Großkapitalisten gegen die Arbeiter, die mit der Kooperation von SPD und Gewerkschaftsspitzen abläuft.

Westdeutschland war im Kalten Krieg die Frontlinie der NATO gegen den Sowjetblock, was auch den Charakter der SPD als rechteste und am stärksten zentralisierte sozialdemokratische Massenpartei der Welt bestimmte. Ihre Funktion war es, die „Ansteckungsgefahr“ des Kommunismus abzuwenden. Nach dem Sieg der Roten Armee wurde das Kapital im Osten durch bürokratische Maßnahmen enteignet. Im Gegenzug wurde ein kapitalistischer „Schaukasten“ im Westen aufgebaut, dessen hoher Lebensstandard demonstrieren sollte, daß die Bourgeoisie nicht enteignet werden muß, um einigermaßen gute Löhne und Sozialversicherungen zu haben. Für die Kapitalisten waren dies akzeptable Unkosten, durch die sie Klassenfrieden und eine produktive Arbeiterklasse erhielten, die ideologisch an den Kapitalismus gebunden war.

Die Zerstörung der DDR, der Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten in Osteuropa war eine historische Niederlage für die Arbeiter überall auf der Welt. Aber jetzt denkt die deutsche Bourgeoisie, daß das Gespenst des Kommunismus, das sie seit 1847 verfolgt hat, nicht länger eine Bedrohung ist. Seit der kapitalistischen Wiedervereinigung sieht die Bourgeoisie den Weg frei, ein „geeintes“ Europa unter deutscher Führung gegen die imperialistischen Konkurrenten USA und Japan zu schaffen. Sie sind mit den niedrigeren Lohnkosten ihrer imperialistischen Rivalen und drohenden Handelskriegen konfrontiert. Doch die Gier der deutschen Bosse entspricht nicht ihren Mitteln: sie müssen die Ausbeutungsrate erhöhen, um aus den Arbeitern das nötige Geld herauszupressen. Ostdeutschland, dessen Wirtschaft durch die Konterrevolution verwüstet wurde, braucht weiterhin massive Subventionen. Weiter im Osten wollen sie neokoloniale Märkte und billige Arbeitskräftereservoirs etablieren; schon steht das deutsche Heer wieder im ehemaligen Jugoslawien.

Frankreich: Klassenschlacht in der „neuen Weltordnung“

Der wochenlange mächtige Streik der französischen Eisenbahnarbeiter, der schnell den Charakter eines breiten sozialen Kampfes annahm, hat in ganz Europa Schockwellen hervorgerufen. Aber obwohl die französischen Eisenbahner teilweise den Regierungsangriff abwehren konnten, gelang es den Bürokraten, den Kampf abzuwürgen, als der Streik das ganze Land ergriff. Aufs schärfste wurde klar, daß Militanz allein nicht ausreicht. Unsere Genossen der Ligue trotskyste de France kämpften in den Streiks für Fabrikkomitees, für Arbeiter/Immigrantenverteidigungsgruppen gegen Streikbrecher und Faschisten, für eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich – für *Übergangsforderungen*, die eine Brücke schlagen zwischen den defensiven Kämpfen der Streikenden und dem revolutionären Kampf um die Macht. Als die Streiks sich in Richtung eines Generalstreiks entwickelten und es um Sieg oder Niederlage ging, brachte die LTF ein Flugblatt mit der Überschrift heraus: „Für die Verteidigung und Ausweitung der Streiks: Wählt Streikkomitees, die jederzeit abwählbar sind!“ Und vor allem betonte die LTF:

„Die Frage, die sich immer dringlicher stellt, lautet: Wer wird herrschen? Die Bourgeoisie ist in ihrer Entschlossenheit vereint, gegen die Arbeiter und Unterdrückten Krieg zu führen. Um zurückzuschlagen, um zu gewinnen, braucht die Arbeiterklasse einen Generalstab, eine revolutionäre Führung, die sich auf das Programm stützt, daß diejenigen, die arbeiten, herrschen müssen.“ („Französi-

sche Arbeiter wehren Regierungsangriff ab“, *Spartakist* Nr. 121, Januar/Februar 1996)

Die LTF rief dazu auf, den Streik auf die schweren Bataillone der Arbeiterklasse mit ihren strategischen Bestandteilen von Immigranten auszuweiten. Dafür muß der Kampf der Arbeiter gegen die Zerschlagung des Sozialsystems untrennbar verbunden werden mit der Mobilisierung gegen die rassistische „Operation Vigipirate“ der Regierung – eine Mobilisierung des Militärs, die Paris in einen Belagerungszustand versetzte. Die LTF und ihre Jugendorganisation Jeunesse Spartaciste organisierten Proteste gegen das imperialistische Diktat auf dem Balkan und riefen die Streikenden auf, die Transporte von Waffen und Truppen zu stoppen.

Bremer Vulkan: Stoppt Industriekahlschlag durch Werft- und Hafenstreik, Ost und West!

Mitten in Zwickels Getöse für ein „Bündnis für Arbeit“ platzte die Ankündigung, daß die Bremer Vulkan-Werft pleite ist und die Jobs von 23 000 hochqualifizierten Arbeitern bedroht sind. Eine Großdemonstration hörte am 22. Februar in Bremerhaven verbittert und resigniert der Litanei der Redner zu, die von der Gewerkschaftsführung aufs Podium geschickt wurden. Vom Hafensenator über den Landrat bis zu den Bossen beschworen alle die „gemeinsamen Interessen“. Es erhob sich kein nennenswerter Protest, als einer der Bosse der Lloyd-Werft über die „ausländischen Billigprodukte“ hetzte und ein Pfaffe darüber, daß der „Anteil der ausländischen Beschäftigten“ ständig gestiegen sei und „Billiglöhne drücken“.

SPD, PDS und DGB-Spitzen betreiben das Teile-und-Herrsche-Spiel: im Osten gegen die Westbetriebe, die Subventionen einsacken; im Westen gegen die Ostkollegen, die angeblich „selbstsüchtig“ nur ihre Standorte erhalten wollen. Die PDS in Mecklenburg-Vorpommern fordert, die Ostwerften aus dem Verbund zu lösen. Sie wollen die Empörung und Verzweiflung der Arbeiter ablenken und sie zu Bittstellern beim Staat der Bosse machen. Dabei werden sie nur noch von der vorgeblich trotzkistischen Sozialistischen Alternative Voran (SAV) übertroffen, die die „Überführung in Gemeineigentum und demokratische Kontrolle“ (*Voran*, März 1996) verlangt. Doch der bürgerliche Staat ist nur der geschäftsführende Ausschuß der Kapitalisten. Er wird einen bankrotten Industriezweig nur übernehmen, um

Fortgesetzt auf Seite 18

SPARTAKIST EK 3 (in türkischer Sprache)

Doğu Berlin'den Taşkent'e Kadar: Kapitalist Karşı-devrim Kadını Ayaklar Altına Alıyor

Aşağıdaki makale ilk kez, (Dördüncü Enternasyonalist) Enternasyonal Komünist Ligası'nın Amerika seksiyonu olan Spartakist Ligası/ ABD'nin Kadın Komisyonu tarafından çıkarılan *Women and Revolution* (Kadın ve Devrim) dergisinin ilkbahar/ Yaz 1993 tarihli 42. sayısında yayınlanmıştır.

16 Sayfa, DM 1, –

İsteme adresi:

Verlag Avantgarde, Postfach 5 55, 10127 Berlin
Postgiro Frankfurt/M., Konto 119 88-601, BLZ 500 100 60



„Bündnis für Arbeit“...

Fortsetzung von Seite 17

sicherzustellen, daß die Bankzinsen direkt aus dem nationalen Fonds bezahlt werden, während die Arbeiter die Treuhänder-Behandlung kriegen. Milliarden von Subventionen sind schon in die Taschen der Banken geflossen. Jetzt wird verkündet, durch Bankkredite sei der drohende Konkurs „abgewendet“ worden – für zwei Monate! Ein durchsichtiges Manöver, um Verzweiflungsaktionen der Arbeiter erst mal die Spitze zu brechen.

Auch im Hamburger Hafen werden Tarifröhne und Arbeitsbedingungen von den großen Reedereien frontal angegriffen. Vor kurzem heuerten sie Schlepper der niederländischen Reederei Kotug an, um mit Billiglöhnen die Tarife zu brechen. Die Hamburger Schlepper antworteten darauf mit einem Bummelstreik gegen das größte Containerschiff der Welt, der im ganzen Hafen unterstützt wurde. Sie organisierten eine symbolische Jagd auf die Kotug-Schlepper, die arbeitslose Seeleute aus Rostock angeheuert haben, die ein Drittel weniger bezahlt kriegen und insgesamt weit schlechtere Arbeits- und Sicherheitsbedingungen haben. Notwendig wäre, daß die Hamburger Hafentarbeiter ihre Tarifröhne für *alle* Arbeiter in ihrem Bereich durchsetzen und die Unorganisierten organisieren, in diesem Fall die Rostocker. Aber statt die gemeinsame Streikaktion zur Verteidigung der Tarife zu organisieren und nach Holland zu fahren, um Solidaritätsaktionen mit den Seeleuten und Hafentarbeitern im Rotterdamer Hafen anzukurbeln, stimmten die ÖTV-Bürokraten einer generellen Senkung der Mindestlöhne zu. Und der Hamburger SPD-Bürgermeister Voscherau sorgte dafür, daß neue Mindestlöhne für Schlepper in das Entsendegesetz aufgenommen wurden.

In Rostock und Stralsund gab es bereits Solidaritätsdemonstrationen mit den Bremern, und in Hamburg demonstrierten am 1. März vor den Werktoeren von Blohm und Voss 1500 Arbeiter gegen drohende Entlassungen. Dringend nötig ist ein *geschlossener Streik* aller Arbeiter, einschließlich der Kontraktfirmen, in sämtlichen Werften und Häfen, Ost und West! Die Hafentarbeiter können den deutschen Export anhalten und damit einen machtvollen ökonomischen Würgegriff ansetzen. Eine wirkliche Besetzung der Bremer Vulkan-Werft und der Ost-Werften durch streikende Arbeiter könnte der Anfang dafür sein.

Wie bei DASA und vorher beim Kohle-Bergbau und bei Stahl hat die deutsche Bourgeoisie nicht vor, ihre gesamte Schiffbau-Kapazität zu zerstören. Sie weiß nur zu genau, daß die heutigen Handelskriege und die Jagd um Weltmärkte die Grundlage für die imperialistischen Kriege von morgen sind. Genau aus diesem Grund waren die Werften in Ostdeutschland eine der wenigen Industrien, die von der Treuhänder *nicht* zerstört worden sind, obwohl Zehntausende Arbeiter entlassen wurden. Wegen ihrer strategischen militärischen Bedeutung werden diese Industrien in Ost und West mit massiven staatlichen Subventionen aufrechterhalten, auch wenn sie auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig sind. In diesen Industrien haben Streiks und Proteste daher oft einen stark protektionistischen Anstrich. Statt gemeinsame Aktionen gegen die gemeinsamen Bosse zu organisieren, demonstrierten die DASA-Mitarbeiter für eine „deutsche Raumfahrt“, während die Fokker-Arbeiter für die „holländische Flugzeug-Produktion“ auf die Straße gingen, als Daimler-Benz bekanntgab, seine holländische Tochter wegen Verlusten abzustoßen. Zuletzt werden die Arbeiter durch Protektionismus hinter ihrer „eigenen“ Bourgeoisie für einen neuen interimperialistischen Krieg mobilisiert.

Bankrott ist nicht einfach der Bremer Vulkan, sondern das gesamte kapitalistische System, das Millionen arbeitslos

macht. Die einfache und rationelle Forderung der *Aufteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich* setzt an den unmittelbaren Bedürfnissen der Arbeiter an und wirft direkt die Frage der Machtübernahme durch die Arbeiterklasse auf; durch die Enteignung der Bourgeoisie müssen die Produktionsmittel in die Hände der Produzenten übergehen, um damit Vollbeschäftigung, sichere Arbeitsbedingungen und anständige Lebensbedingungen für alle zu garantieren.

Der Stalinismus hat die zentralisierte Planwirtschaft in Verruf gebracht, weil die Bürokratie mit ihrem nationalistischen Dogma vom „Sozialismus in einem Land“ die Wirtschaften der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten in Grund und Boden gefahren und der kapitalistischen Konterrevolution den Weg geebnet hat. Aber durch Planwirtschaft – kontrolliert von demokratisch gewählten Arbeiterräten und international ausgeweitet durch die proletarische Revolution – können die Produktivkräfte der Welt von den Ausgebeuteten im eigenen Interesse genutzt werden und so auch den brutal unterdrückten und hungernden Massen der „Dritten Welt“ den einzigen Ausweg bieten.

Revolutionäre Partei als Volkstribun

Die Arbeiterklasse kann sich gegen die umfassende Attacke, die ihren Lebensstandard mit harter Faust niederdrücken will, nicht verteidigen, ohne all jene zu verteidigen, die das „Bündnis für Arbeit“ jetzt zum Abschluß freigeben hat: Ältere, Immigranten, Flüchtlinge, Frauen, Jugendliche. Die materielle Situation der Frauen zwingt sie heute wieder in das Gefängnis von „Kinder, Küche, Kirche“ hinein. Die Pflegeversicherung pflegt den Profit und hat nichts damit zu tun, Pflegebedürftigen eine anständige Existenz zu sichern. Jugendliche sollen von „Einstiegsgehältern“ leben, sofern sie überhaupt Arbeit finden können. Junge Arbeiter im Betrieb werden gegen Ältere ausgespielt, die „Arbeitsplätze freimachen“ sollen – um dann mit einer Hungerrente in der Versenkung zu verschwinden. Hohe Studiengebühren und Bafög-Verzinsung machen den Hochschulbesuch zu einem Privileg der Reichen.

Bezeichnend für das Vorhaben der Bosse, ihre Angriffe gegen die Arbeiterklasse zuerst gegen „schwächere“ Sektoren einzuleiten, ist das Gesundheitswesen, das Stück für Stück zerschlagen wird. In der wiedervereinigten Hauptstadt Berlin wurden im Rahmen der antikommunistischen Säuberung an der weltrenommierten Charité bereits gesamte Abteilungen geschlossen. Eine neue Qualität wurde jetzt durch die neue Große Koalition von SPD/CDU erreicht, die verkündet hat, daß Berlin pleite ist. 22 000 Stellen sollen im öffentlichen Dienst gestrichen werden, unter anderem ist das Urban-Krankenhaus in Kreuzberg „wegen Baumängeln“ von der Schließung bedroht. In diesem Kiez-Krankenhaus arbeiten viele Immigranten, ein Großteil der Patienten kommt aus den Arbeiter- und Immigrantenbezirken Neukölln und Kreuzberg. Eine sichere, qualifizierte und kostenlose medizinische Versorgung für alle – und das bedeutet, die modernsten Krankenhäuser zu haben, und zwar flächendeckend –, ist ein einfaches Recht aller. Die ÖTV zeigte ihre Macht beim Streik 1992, jetzt ist es nötig, diese Macht wieder einzusetzen, um die Schock-Therapie des Berliner Senats zu stoppen.

Um die kämpferischen eingewanderten Arbeiter abzuspalten und die gesamte Arbeiterklasse einzuschüchtern, fachen die Bosse den Rassismus an. Die Vernichtung des Asylrechts gab grünes Licht für die faschistischen Mordbrenner. Politische und soziale Organisationen immigrierter Kollegen werden vom Staat als „terroristisch“ gebrandmarkt, die PKK und die kurdischen Vereine wurden verboten. Der Kampf für volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben, ist ein integraler Bestandteil der Verteidigung *aller*

Arbeiter. Die Spartakisten kämpfen dafür, die Arbeiterbewegung für diese Forderung und für Arbeiter/Immigranten-Verteidigung gegen rassistische Angriffe zu mobilisieren.

Ein Paradebeispiel für das „Bündnis für Arbeit“ ist das gegen Immigranten gerichtete „Entsendegesetz“ auf dem Bau, wo die Bosse ihre Profite direkt aus dem Blut der Arbeiter machen. Der Tariflohn in Deutschland soll gedrückt werden, und als Ausgleich stellen die Bosse keine Arbeiter aus anderen Ländern ein! Angesichts einer unglaublichen Arbeitshetze unter Mißachtung grundlegender Sicherheitsmaßnahmen gab es in den letzten Jahren vor allem im Osten eine hohe Todesrate auf Baustellen. Aber die IG-Bau-Bürokraten mobilisieren nicht etwa gegen die mörderischen Bosse, sondern verbrüdernd sich „in gemeinsamer Verantwortung für den Staat“ mit der „Gewerkschaft“ der Polizei gegen „illegale“ Arbeiter. Und die IG Metall postierte auf der Großbaustelle Leuna Ende letzten Jahres einen Bus als Anlaufpunkt für Denunzianten. „Wer keine gültige Genehmigung vom Arbeitsamt hat, den melden wir der Gewerbeaufsicht“, prahlte der stellvertretende IG-Metall-Chef von Halle (*Mitteldeutsche Zeitung*, 3. November 1995).

Skandalöserweise unterstützt die *SoZ* (Zeitung der Vereinigung für Sozialistische Politik, VSP) in einem Artikel vom 7. März das Entsendegesetz. Weg mit der rassistischen „Hilfspolizei“ auf der Baustelle! Polizei raus aus dem DGB! Der Kampf gegen die Ausbeutung zu Hungerlöhnen muß sich frontal gegen die Kapitalisten und gegen ihre Helfershelfer in der Gewerkschaftsführung richten! Wir brauchen eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung, die für die Organisierung der Unorganisierten kämpft. Gewerkschaftliche Kontrolle der Einstellungen! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Gewerkschaftskontrolle der Arbeitssicherheit!

Die rassistischen Machenschaften der Zwickel, Schulte & Co. rufen bei vielen Jugendlichen und bei autonomen Gruppen einen berechtigten Abscheu hervor. Oft führt dies zu der Vorstellung, daß man die Gewerkschaften einfach rechts liegen lassen sollte. Wie jedoch Trotzki im August 1940 schrieb:

„Gewerkschaften in unserer Epoche können entweder als Hilfsinstrumente des imperialistischen Kapitalismus dienen, um die Arbeiter unterzuordnen, sie zu disziplinieren und die Revolution zu verhindern, oder sie können im Gegenteil die Instrumente der revolutionären Bewegung des Proletariats werden“ („Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niedergangs“).

Die gemeinsame Aktion von Arbeiterorganisationen in verschiedenen Ländern war eins der ursprünglichen Ziele der Ersten Internationale. Auf ihrem ersten Kongreß rief eine von Karl Marx verfaßte Resolution auf zum „Widerstand gegen die Intrigen der Kapitalisten, die stets bereit sind, bei Arbeitseinstellungen und Aussperrungen die Arbeiter fremder Länder als Werkzeuge gegen die Arbeiter ihrer eigenen Länder zu mißbrauchen“. Aber die sozialdemokratischen reformistischen Irreführer der Arbeiterbewegung stehen im Dienste des Patriotismus, loyal zu ihren jeweiligen kapitalistischen Vaterländern. Darum muß eine *internationalistische* Arbeiterpartei aufgebaut werden, nach dem Modell von Lenins und Trotzki's Bolschewiki, die die klassenbewußtesten Elemente der Arbeiter aller Nationalitäten und Völker des russischen Reichs für die Sache der proletarischen Revolution gewann.

Für eine neue, revolutionäre Führung

„Es ist an der Zeit, mit Kapital und Regierung französisch zu reden!“, fordern Mitglieder des Bündnisses Kritischer GewerkschafterInnen Ost/West („Gegen ein Bündnis für Armut und Profit!“, 4. Februar). So oder ähnlich tönt es

auch von allen Titelseiten der linken Presse. Daß harter Klassenkampf nötig ist, um sich zu verteidigen, wissen Zigttausende Metalller, die Anfang des Jahres in Bonn demonstrierten, selbst am besten. Die Frage ist aber, wie man den Kampf gewinnen kann.

Die reformistischen und zentristischen Gruppen, die entweder mit der Gewerkschaftsbürokratie direkt verbunden sind oder sich an sie anhängen, stehen einer SPD/DGB-Führung gegenüber, die sich jetzt als Arbeiter-Krisenmanager in der „neuen Weltordnung“ profilieren will. So stellt der vorgeblich trotzkistische Revolutionär Sozialistische Bund (RSB) bestürzt fest, daß es „auf der politischen Bühne keine wirksame Opposition gibt“, und er folgert daraus, daß „aus Gewerkschaftskreisen ein neuer Anstoß für den Aufbau einer klassenbewußten Kraft kommen“ muß (RSB-Flugblatt „Statt vom *Bündnis für Arbeit* zu träumen ...“, undatiert). Die Lehre, die der RSB aus den Streiks in Frankreich zieht, ist eine Anbetung der Spontaneität. Aber ohne Intervention einer revolutionären Arbeiterpartei werden die Gewerkschafter unter dem Einfluß ihrer Irreführer bleiben oder ihr Kampf wird, wie in Frankreich, abgewürgt werden. Da die Politik des RSB sich darin erschöpft, auf andere Kräfte Druck auszuüben, ist sie dem Aufbau einer revolutionären Partei entgegengesetzt. Seine letzte Hoffnung liegt darin, daß „der mittlere Funktionsapparat einen totalen Ausverkauf ohne Gegenleistungen nicht zuläßt“ (*Avanti*, Februar 1996).

Die SAV, die noch enger mit der Sozialdemokratie verbunden ist, spricht wie üblich aus, wozu das Schreckgespenst, „französisch zu reden“, dienen soll: „In erster Linie die SPD-Spitze hätte jetzt die Chance, ... die Kohlregierung zu Fall zu bringen“ (*Voran*, Februar 1996). Aber die SPD-Führer Scharping und Lafontaine stehen zum „Bündnis für Arbeit“ und übertreffen im Bundestag mit ihrer rassistischen Hetze sogar die CDU.

Der Vorreiter all dieser linken Gruppen ist die PDS, die das „Bündnis für Arbeit“ mit Schlagzeilen im *Neuen Deutschland* begrüßte. Manfred Müller ließ für die PDS im Bundestag verlauten, der IG-Metall-Vorschlag könne „einen Impuls für einen neuen sozialen Kompromiß, einen neuen Deal geben“ (*junge Welt*, 2. Februar). Die Hauptsorge dieser Sozialdemokraten ist es, „den nationalen Konsens“ zusammenzuhalten. Zwar beklagt die PDS, daß die Bundesregierung mit dem „Bündnis für Arbeit“ den Sozialabbau vorantreibt. Gleichzeitig ist sie in die Diskussion über Lohnkürzungen im „Standort Deutschland“ eingestiegen und macht eigene Vorschläge, wie man durch „alternative Rationalisierungsmuster“ einen wettbewerbsfähigeren Produktionsstandort in Deutschland entwickeln soll – das *Neue Deutschland* verkündete: „Linke können die wirklichen Probleme nicht ignorieren“ (24. Januar). Und auf ihrem jüngsten Parteitag in Magdeburg signalisierte sie erneut, daß sie bereit sind, Regierungsverantwortung zu übernehmen, wenn sie bloß eingeladen würden.

Für die Arbeiterklasse gibt es zwei mögliche Wege. Einmal die Zustimmung zur Politik von SPD und PDS, nur das zu tun, was unter dem Kapitalismus möglich und „praktikabel“ ist – dies hat in den letzten sechs Jahren zum Desaster geführt. Oder es gibt die revolutionäre Strategie: Im Laufe von harten Klassenkämpfen und durch geduldige Erziehung werden die Arbeiter von dem Bewußtsein ihrer historischen Interessen erfüllt, um als Klasse für sich und für alle Unterdrückten zu kämpfen. Die Situation schreit nach einer revolutionären Führung der Arbeiterklasse, die als Volkstribun die Unterdrückten mobilisiert, um die Kapitalisten wegzufegen. Eine solche internationalistische Arbeiterpartei aufzubauen, als Teil einer Weltpartei des Proletariats, ist das Ziel der Internationalen Kommunistischen Liga und der Spartakist-Arbeiterpartei. ■

Scargills SLP...

Fortsetzung von Seite 10

Labour für das Programm des revolutionären Marxismus gewonnen wird. Genau dafür kämpft die SL/B.

Wählt Brenda Nixon!

Wir empfehlen nachdrücklich die Unterstützung für Brenda Nixon von der Socialist Labour Party (SLP) bei der Nachwahl in Hemsworth, weil die Themen, für die sie eintritt, die von den Werktätigen dieser Inseln empfundenen Bedürfnisse ansprechen: die erneute Verstaatlichung der wichtigsten privatisierten Industriezweige, die Aufhebung der gewerkschaftsfeindlichen Gesetze und den Wiederaufbau des öffentlichen Dienstes. Außerdem hat sie gesagt, die SLP werde eine Partei der Opposition gegen Labour sein.

Jeder weiß, daß eine Labour-Regierung von Blair die sozialen Verbrechen der Tories (Konservative) nicht wiedergutmachen wird. Blairs „New Labour“ nutzt jede Gelegenheit, um ihre völlige Verachtung für die Arbeiterklasse und die Unterdrückten zu zeigen. Sie unterstützen alles, von den verhaßten gewerkschaftsfeindlichen Gesetzen bis zu den Angriffen auf das Gesundheits- und Bildungswesen, und übertreffen sogar die Tories, wenn es darum geht, die rassistische Kampagne von „Recht und Ordnung“ voranzutreiben, um die Diktate der City auszuführen. Die City treibt die nationale Wirtschaft in den Ruin, um ihre bluttreifenden Privilegien und ihre Macht aufrechtzuerhalten.

Der Wahlkreis von Hemsworth umfaßt die wichtigsten Kohlereviere von Yorkshire, die durch Zechenschließungen und verheerende Arbeitslosigkeit verwüstet wurden. Dies ist ein Gebiet, wo die Bergarbeiter die ganze Zeit bis zum Ende des historischen Streiks von 1984/85 standhaft blieben. Es bleibt Verbitterung und Haß nicht nur über die jahrelange gewerkschaftsfeindliche Kahlschlagpolitik der Tory-Regierung, sondern auch gegen Tücke und Verrat der Labour-Bürokratie.

Eine tiefe Kluft ist zwischen dem, was die Werktätigen wollen, und dem, was Blair zu liefern verspricht. Die Weigerung von Labour, wenigstens für die Renationalisierung der Eisenbahnen einzutreten, hat bei der Gewerkschaftsbasis von Labour Wut entfacht, wie sich kürzlich bei den Eisenbahnergewerkschaften zeigte. Ein echter Kampf gegen die Bahnprivatisierung, der sich auf die Eisenbahnergewerk-

schaften stützt, würde große Unterstützung erhalten.

Die Forderungen, die Brenda Nixon aufgestellt hat, sind zwar eindeutig vertretbar, können aber in den Grenzen des Kapitalismus nicht verwirklicht werden. Wir brauchen Arbeiterrepubliken! Die bestehende Regierungsform Ihrer Majestät ist dem Kampf für die Emanzipation der Arbeiter entgegengesetzt. Wir sind für eine Föderation von Arbeiterrepubliken auf den britischen Inseln – für den Anfang: Abschaffung der Monarchie, der Staatskirchen und des Oberhauses! Für das Recht auf Selbstbestimmung für Schottland und Wales!

Der Kern der Labour-Politik (ob „neu“ oder „alt“) ist immer die Loyalität zur Herrschaft der britischen Kapitalisten und das Eintreten für britischen Nationalismus gewesen. Protektionismus ist Gift für die Bedürfnisse der internationalen Arbeiterklasse. Die Unterstützung und die Spenden der französischen und südafrikanischen Arbeiter für den Bergarbeiterstreik waren von unschätzbarem Wert. Doch die Forderung „Rettet die britische Kohle“ und der Ruf nach Importkontrollen waren zentral bei Arthur Scargills Kampagne zu den Zechenschließungen 1992. Nur eine Partei, die für die Solidarität der internationalen Arbeiterklasse über nationale Grenzen hinweg kämpft, kann im Interesse der Arbeiterklasse handeln. Das heißt vor allem, gegen die Machenschaften unserer eigenen imperialistischen Herrscher zu kämpfen.

In so unterschiedlichen Ländern wie Südkorea, Brasilien und Südafrika hat es den Ausbruch bedeutender Arbeiterkämpfe gegeben. In ganz Britannien gab es eine Reihe von erbitterten defensiven Kämpfen, von den ausgesperrten Dockern in Liverpool bis zu den Feuerwehrleuten und Postarbeitern. Ihre Kämpfe sind durch die kürzliche Welle von Massenstreiks in Frankreich gegen den Regierungsangriff auf die Sozialleistungen ermutigt worden.

Der Streik der Bergarbeiter 1984/85 rief die Unterstützung von breiten Schichten der britischen Gesellschaft hervor – Jugendliche, Schwarze und asiatische Einwohner gehörten zu den aktivsten und eifrigsten Unterstützern des Streiks. Denn sie sahen in den Bergarbeitern das Potential, dem ganzen rassistischen System staatlicher Brutalität einen Schlag zu versetzen. Eine lebenswichtige Frage, auf die jedoch die SLP nicht eingeht, ist der Wiederaufstieg rassistischer Hysterie gegen Immigranten in diesem Land und in ganz Europa. Nieder mit dem Asyl- und Immigrationsgesetz, das Tausende von Flüchtlingen mit Abschiebung, Folter und Tod bedroht!

Während des Bergarbeiterstreiks ging Scargill bis an die Grenzen des militanten Gewerkschaftertums. Die gesamte Streitmacht des kapitalistischen Staates wurde gegen die Bergarbeiter ins Feld geführt. Ihre Niederlage wurde durch die Sabotage und den Verrat der Führung der Labour Party unter Neil Kinnock und der Führer des Gewerkschaftsbundes TUC besiegelt und auch durch die offene Weigerung der „linken“ Führer gerade in den Eisenbahner- und Hafenarbeitergewerkschaften, gemeinsam mit den Bergarbeitern zu streiken.

Die Lehre aus all diesen Kämpfen ist, daß es uns ohne ein revolutionäres marxistisches Programm und ohne eine leninistische Avantgardepartei höchstens gelingen kann, die herrschende Klasse zu frustrieren, aber nicht, sie zu stürzen. Wir brauchen die Art von Partei, die das verkörpert, was der Chartistenführer James Bronterre O'Brien 1837 sagte: „Mein Motto ist... ‚Was du nimmst, kannst du haben.‘ Ich werde nicht versuchen, mich mit der abstrakten Frage des Rechts zu befassen, sondern werde beginnen zu zeigen, daß es MACHT ist, solide, stabile MACHT, was die Millionen erhalten und behalten müssen, wenn sie die Früchte ihrer eigenen Arbeit und die Privilegien von Freien genießen wollen.“ ■



WORKERS HAMMER
No 145 February/March 1986
Not pacts with bishops and lords but working-class action

Asylum Bill fuels racist state terror

Major plays the Orange card, IRA renews bombing campaign

British troops out of Northern Ireland now!

Abonniert!

WORKERS HAMMER

Zeitung der Spartacist League/Britain

Ein Jahr DM 10,-
einschließlich Spartacist
(engl. Ausgabe)
und Women and Revolution

Bestellt bei:
SpAD, Postfach 5 55, 10127 Berlin
Postgiro Frankfurt/M., Konto 119 88-601, BLZ 500 100 60

Lübeck...

Fortsetzung von Seite 4

aufgeweckt wurde, schloß er sich der Rettungsaktion an und rettete das Leben mehrerer Bewohner, indem er sie auf das Dach führte, von wo er selbst von den Feuerwehrmännern gerettet wurde! Eids Familie wurde bei dem Feuer verletzt – sein Vater wurde an den Beinen verbrannt und seine Schwester mußte zwei Operationen durchmachen. Jetzt nannte sogar das WDR-Fernsehmagazin *Monitor* die Ermittlungen einen „Skandal erster Ordnung“; laut Brandchutzexperten gab es an der angeblichen Brandstelle und an Safwans Kleidung keine Spuren von Benzin.

Die Polizei erklärte, daß das Feuer nicht von Außenstehenden gelegt werden konnte, weil die Haustür verschlossen war. Aber es gab eine zweite Tür und zerbrochene und offene Fenster im Parterre. Außerdem: „überlebende Bewohner berichteten, Vermummte hätten nachts vor dem Haus mit Molotowcocktails hantiert“ (*taz*, 19. Januar). Die Bewohner berichteten auch über vorherige Versuche von Brandanschlägen auf das Heim, der letzte im Dezember, wo nicht zündende Benzinkanister in das Gebäude geworfen wurden. Erst eine Woche vor dem Feuer bat eine Familie um eine andere Unterbringung, weil sie um ihre Sicherheit besorgt war.

Offensichtlich will das Vierte Reich mit seiner grotesken Version vom Lübecker Wohnheimbrand als einer „Tat von innen“ die weitverbreitete Wut gegen rassistischen Terror entschärfen, während versucht wird, die eingewanderte Bevölkerung weiter abzutrennen und zu isolieren. Lübecks SPD-Bürgermeister Michael Bouteiller wurde vom Staat und von der Presse diffamiert, weil er sich gegen Angriffe auf Immigranten aussprach. Nachdem Bouteiller zu zivilem Ungehorsam aufgerufen hatte, um zu verhindern, daß die überlebenden Asylsuchenden abgeschoben werden, und nachdem er gefordert hatte, daß sie in regulären Stadtteilen Sozialwohnungen bekommen sollten, wurde er vom Innenministerium mit Disziplinarmaßnahmen bedroht.

Boutellier hat seit dem letzten Brandanschlag Hunderte von Morddrohungen erhalten, in denen er als „Deutschenhasser“, „N----- lover“ und „Nestbeschmutzer“ denunziert wurde. Rassisten versammelten sich vor dem abgebrannten Wohnheim mit Plakaten „Wer entschuldigt sich jetzt bei den Deutschen?“ Dies spiegelte sich in der „respektablen“ bürgerlichen Presse wider, wie in der *Zeit* vom 2. Februar, wo ein verleumderischer Artikel über „Nestbeschmutzung“ und eine „linke Sehnsucht nach geordneten Weltbildern“ wettete, während die *taz* „über die vermeintliche Universalschuld der Deutschen, über das Trugbild vom guten Ausländer“ herzog. Einige Linke traten direkt in die Fußstapfen von *Zeit* und *taz*, vorneweg *Avanti*, Zeitung des Revolutionär Sozialistischen Bundes, die einen Absatz lang lamentierte: „Menschen können gut und böse sein, Deutsche wie Ausländer. Es ist nicht auszuschließen, daß der libanesische Flüchtling tatsächlich durchgeknallt ist...“ (Februar 1996). Und vorsorglich entschuldigten sie sich, „wenn wir für die richtige Sache aus falschem Anlaß demonstriert haben sollten“; es könne halt „nicht das Ergebnis langwieriger polizeilicher Ermittlungen abgewartet“ werden. Diese vorgeblichen Trotzlisten, die vehement dagegen auftreten, den deutschen Imperialismus als Viertes Reich zu kennzeichnen, machen dabei mit, ihn reinzuwaschen.

Tatsächlich sind die faschistischen Angriffe durch den rassistischen Konsens in Bonn angestiftet und ausgenutzt worden, der von der CDU und der SPD-„Opposition“ bis zu der reformistischen ostdeutschen PDS reicht. Am Vorabend des Rostocker Pogroms im August 1992 schloß sich die SPD mit ihren Petersberger Beschlüssen der CDU an, das Grundrecht auf Asyl scharf zu beschneiden. Der Solin-

ger Brandanschlag im Mai 1993 passierte drei Tage nach dem Bundestagsbeschluß zur Änderung des Asylrechts. Obwohl die ökonationalistischen Grünen behaupteten, gegen die grundlegenden Änderungen zu sein, forderten sie „Quoten“ für Flüchtlinge, während die PDS – die einen ostdeutschen Ersatz-Patriotismus vertritt – „Verständnis“ für die Pogromisten in Rostock ausdrückte.

Der Großteil der deutschen Linken schaut auf den bürgerlichen Staat, um die Faschisten verbieten zu lassen. Dies ist nicht nur dumm, sondern auch gefährlich. Zwischen 1992 und 1994 leitete der Generalbundesanwalt gegen Faschisten 13 Ermittlungsverfahren wegen „Bildung und Unterstützung einer kriminellen und terroristischen Vereinigung“ ein, dagegen 389 gegen Linke – ganz zu schweigen vom Verbot der PKK und von der Massenverhaftung kurdischer Demonstranten.

Der kapitalistische Staat behauptet, daß er dem Nazi-terror „entgegenwirkt“ ... indem er den Hauptaspekt des faschistischen Programms von „Ausländer raus“ in die Tat umsetzt. Sofort nach der Lübecker Trauerfeier am 7. Februar erörterte der Bundestag eine weitere drakonische Einschränkung des Asylgesetzes. Asylsuchende sollen nicht nur gezwungen werden, in separaten Wohnheimen zu leben, sondern sie sollen künftig durchweg nur noch Coupons statt Geld bekommen. Außer in akuten Fällen soll ihnen jede medizinische Behandlung versagt werden.

Im Gegensatz zu Frankreich oder den USA, wo die Staatsbürgerschaft auf dem Geburtsort basiert, ist sie in Deutschland von der Abstammung abhängig. Dieses rassistische Blutrecht ist die logische Schlußfolgerung eines Nationalstaates in extremer Form. So hat ein russischer Bürger, der Deutscher ist und hinter dem Ural lebt, automatisch ein Recht auf deutsche Staatsbürgerschaft (solange er kein Jude ist), während es für ein Kind eines türkischen Stahlarbeiters an der Ruhr, das in Deutschland geboren wurde und sein Leben lang dort war, fast unmöglich ist, die deutsche Staatsbürgerschaft zu bekommen. Inzwischen hat sich die Hetze gegen Immigranten aber auch auf die „Volksdeutschen“ ausgeweitet. Jetzt prescht der SPD-Vorsitzende Lafontaine wieder vor (wie schon vor Jahren bei der rassistischen Kampagne gegen Roma) und fordert eine Senkung der Quoten für „Aussiedler“; direkt darauf wurde in der Nacht zum 29. Februar ein Aussiedlerwohnheim im rheinland-pfälzischen Pirmasens von mindestens fünf jungen Nazis angegriffen.

Die Trotzlisten der SpAD kämpfen für Einheitsfrontmobilisierungen von Arbeitern/Immigranten, um gegen Nazi-Terror zu kämpfen und die Faschisten wegzufegen. Tatsächlich bilden die Türken und Kurden einen wesentlichen und strategischen Teil der industriellen Arbeiterklasse in Westdeutschland. Nach den Brandanschlägen in Mölln und Solingen gab es kurze Arbeitsniederlegungen, und in den Betrieben war eine deutliche Stimmung für Arbeiteraktionen vorhanden. In Lübeck gingen am 18. Januar an die 60 ÖTV-Delegierte zur Brandstelle, als Zeichen der Solidarität mit den Opfern (*ÖTV-Magazin*, Februar 1996). Aber die sozialdemokratischen Gewerkschaftsirreführer sind loyale Verteidiger des Vierten Reichs und ein Hindernis für jede unabhängige Arbeitermobilisierung.

Entscheidend ist die Frage der Führung. Die SpAD kämpft dafür, eine leninistische Avantgardepartei des Proletariats aufzubauen, die als Tribun aller Unterdrückten handelt. Um die Nazis zu stoppen und dem rassistischen Terror ein für alle Mal ein Ende zu bereiten, ist eine sozialistische Revolution nötig, die das gesamte kapitalistische System hinwegfegt, das immer wieder die faschistische Bedrohung hervorbringt. Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten! Für Arbeiter/Immigrantenmobilisierungen, um faschistische Angriffe zu zerschlagen! ■

Mumia...

Fortsetzung von Seite 24

die vorgeschlagenen Tatsachenfeststellungen und Schlussfolgerungen des Staates.“

Wie Weinglass am 9. Februar gegenüber der Presse sagte: „Wenn das System gerecht und ehrlich wäre, wäre Richter Sabo kein amtierender Richter.“

Das Berufungsgesuch räumt auf mit dem „Geständnis“, das angeblich von Jamal gemacht wurde und ein zentrales Argument bei dem Komplott des Staates war. Die Zeugenaussage des Polizeibeamten Gary Wakshul während der PCRA-Anhörung entlarvt diese Machenschaft. Wakshul war mit der Bewachung Jamals vom Zeitpunkt seiner Verhaftung bis zu seiner Behandlung im Krankenhaus wegen der gefährlichen Verletzung durch eine von Faulkner abgefeuerte Kugel beauftragt, und gleich danach berichtete er den Beamten der Mordkommission, daß Jamal „nichts gesagt habe“. Die Geschichte von Jamals „Geständnis“, anfangs nirgendwo vermerkt, wurde erst 64 Tage später aufgebracht, nach einem Vorbereitungstreffen mit den betroffenen Polizeibeamten am „Runden Tisch“, durchgeführt von Staatsanwalt Joseph McGill. Zu Wakshuls Zeugenaussage wird in der Berufungsschrift beschrieben, daß die Polizeibeamten aufgefordert wurden, „ihre Hand zu heben, wenn sie gehört haben“, daß Jamal gestanden hat; „und Wakshul meldete sich“ – ein klarer Widerspruch zu seinem früheren schriftlichen Bericht.

Während des „Verfahrens“ 1982 behauptete die Anklage, daß Wakshul im Urlaub war und für eine Befragung nicht zur Verfügung stand. In der PCRA-Anhörung sagte Wakshul aus, daß er sehr wohl in Philadelphia geblieben und „nicht weggegangen war“. Er sagte, daß er damit „einer Bitte nachkam, solange zu bleiben, wie Gerichtsverfahren laufen“. Die Wichtigkeit von Wakshuls Aussage wird im Berufungsgesuch beschrieben: „Sein wahrer Wert als Zeuge beruhte darauf, was er den Geschworenen über die Redlichkeit der Staatsanwaltschaft als solcher offenbart hätte. Indem die Verteidigung aufzeigte, wie die Gesetzeshüter vorsätzlich Aussagen über ein Geständnis fabrizierten, um eine Verurteilung sicherzustellen, wollte sie ihre Feststellung untermauern, daß die Gesetzeshüter Augenzeugen überredeten und unter Druck setzten und die Indizienprüfung verfälschten.“

Die Berufung unterstreicht auch die wichtige PCRA-Aussage von William Singletary, der jemand anderen als Mumia Faulkner niederschießen und danach vom Tatort fliehen sah. Die Bullen, die ihn sofort nach der Schießerei vernahmen, zerrissen wiederholt seine Aussagen, daß der geflohene Mann und nicht Jamal der Schütze war. Stunden später unterzeichnete Singletary unter Drohungen von physischer Gewalt eine falsche Aussage, diktiert von einem Beamten namens Green, wo behauptet wurde, daß er die Schießerei nicht gesehen habe. Angesichts penetranter Belästigungen durch die Polizei und verdächtigem Vandalismus gegen die Tankstelle, die ihm gehörte, floh Singletary aus Philadelphia. Seine Zeugenaussage demonstrierte, wie die Staatsanwaltschaft Beweise von Jamals Unschuld unterdrückt hatte, was an sich schon Grund genug sein sollte, einen Schuldspruch unwirksam werden zu lassen – aber nicht in Sabos manipuliertem Gericht.

Gleichermaßen hebt das Berufungsgesuch hervor, daß die ballistischen Tests der Polizei und der Autopsiebericht verdächtig unvollständig waren. Hätte Jamal im Verfahren Gutachter bestellen können, würden diese festgestellt haben, daß es einfach keine ballistische Verbindung zwischen Jamals 38er Revolver und der Schießerei gab. Ein wichtiges Kugelfragment, notwendig zur akkuraten Feststellung des Kalibers des tödlichen Geschosses, wurde zerstört oder

verschwand. Der medizinische Sachverständige stellte fest, daß der Bulle mit einer 44er Kugel erschossen wurde.

Eine andere Schlüsselkomponente der Berufung ist der Nachweis der totalen Inkompetenz von Jamals Pflichtverteidiger 1982, wodurch Jamals verfassungsmäßiges Recht auf eine juristische Vertretung verletzt wurde. Die Berufungsunterlagen beinhalten ebenfalls Aussagen von vielen anderen Zeugen, die Jamals Unschuld hätten bezeugen können. Diese Zeugen wurden aber entweder dem Pflichtverteidiger verschwiegen, durch Einschüchterung zum Schweigen oder durch Begünstigungen von der Staatsanwaltschaft dazu gebracht, ihre Augenzeugenberichte zu ändern.

Wie Rachel Wolkenstein auf der Pressekonferenz sagte: „Wir vertreten einen unschuldigen Mann, der seine Unschuld von Anfang an beteuert hat, der einem politisch motivierten und mit rassistischen Vorurteilen behafteten Verfahren ausgesetzt war, im ersten Prozeß, wie auch bei der Anhörung im letzten Sommer.“ Sie setzte fort: „Mumia hat ein Recht auf Freiheit.“ Am 9. Februar eingereichte Unterlagen („friend of the court“ brief) der Philadelphia Ortsgruppe der ACLU, der National Conference of Black Lawyers und der National Association for the Advancement of Colored People (NAACP) unterstreichen machtvoll, daß Jamal aus politischen Gründen in die Todeszelle geschickt wurde. Karl Baker erläuterte die Grundlage dieser Unterlagen und griff die Tatsache an, daß der Staatsanwalt während der Urteilsanhörung 1982 ein Statement gegen Jamal verwendet hat, das dieser 12 Jahre davor als Sprecher der Black Panther geschrieben hatte: „Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen.“

Baker stellte fest: „Dieser Ausspruch stand in Zusammenhang damit, daß in den beiden Jahren davor 28 Mitglieder der Black Panther Party getötet und gerade einen Monat davor Fred Hampton und Mark Clark, die Führer der Chicagoer Ortsgruppe, ermordet wurden... als die Polizei morgens um 4 Uhr 30 einbrach, über 90 Schüsse abgab und die beiden im Schlaf erschoss.“ Das meinte Mumia, fügte Baker hinzu, „als er sagte: ‚Wir wissen sehr wohl durch den Tod vieler unserer Mitglieder, daß die politische Macht in Amerika aus den Gewehrläufen kommt.‘ Und dies umzudrehen und gegen ihn zu verwenden und zu sagen, dies sei ein Grund, ihn in den Tod zu schicken, ist das zynischste und manipulierendste Unterfangen der Staatsanwaltschaft. Und das allein sollte Grund genug sein, das Todesurteil aufzuheben.“

Jamal gewinnt immer mehr Unterstützung in seinem Kampf gegen die rassistische Todesstrafe. Jamal setzt sich aus der Todeszelle nicht nur in Wort und Schrift für Gerechtigkeit für die Unterdrückten ein, sondern er erhielt am 21. Januar seinen wohlverdienten Hochschulabschluß in Psychologie am Goddard College. Sein Buch, „Mumia Abu-Jamal, ... aus der Todeszelle“ (Agipa-Press, Bremen, 1995), das bereits geholfen hat, weltweit Unterstützung ins Leben zu rufen, wurde schon in mindestens fünf Sprachen übersetzt und wird in den USA auch als Paperback herausgebracht.

Gene Herson vom PDC führte aus: „Beginnend mit der 800 Seiten dicken FBI-Akte über Jamal aus seiner Zeit als Black-Panther-Aktivist, über die Verurteilung und den Urteilspruch 1982, bis hin zu der Posse in Sabos Gerichtssaal 13 Jahre später: Illusionen über ‚Fairneß‘ oder ‚Unparteilichkeit‘ des rassistischen kapitalistischen ‚Rechts‘systems sind fehl am Platz. Der Kampf für Mumias Freiheit – und die Abschaffung der rassistischen Todesstrafe – muß innerhalb und außerhalb des Gerichtssaals fortgesetzt werden. Vor allem aber müssen wir danach trachten, die integrierte Arbeiterbewegung für die Verteidigung Mumias zu mobilisieren, als Teil des Kampfes gegen das ganze System der rassistischen, arbeiterfeindlichen Unterdrückung.“ ■

Mumia Abu-Jamal erkämpft sich Hochschulabschluß

Am 21. Januar erhielt Mumia Abu-Jamal seinen Hochschulabschluß vom Goddard College. Es gab stürmischen Beifall und Rufe „Befreit Mumia!“, als sein Sohn Jamal für seinen Vater das Bakkalaureat der Psychologie bei der Abschlußfeier entgegennahm. Mumia war schon 1978 bis 1980 Student bei Goddard. Aus der Todeszelle bewarb er sich erneut und wurde ins Fernstudienprogramm aufgenommen.

Mumia sitzt in Pennsylvania in der Todeszelle und ist gegenwärtig im Hochsicherheitsgefängnis SCI Greene bei

Gratulation!

Pittsburgh eingekerkert. Eine machtvolle internationale Protestkampagne erreichte am 7. August letzten Jahres, zehn Tage vor dem angekündigten Termin, eine Aussetzung der Hinrichtung. Jamal ist ein ehemaliger Plack Panther und preisgekrönter schwarzer Journalist; von der amerikanischen Ausgabe seines Buches *Live from Death Row* (deutsch bei Agipa-Press: *Mumia Abu-Jamal, ... aus der Todeszelle*, Bremen 1995) wurden schon über 50 000 Exemplare verkauft. Mumia arbeitete an seinem Abschluß, während das Schwert des Scharfrichters über seinem Kopf hing, und

während er gleichzeitig sein Buch und seine umfangreichen anderen Schriften fertigstellte.

Mumias Sohn Jamal sagte der lokalen Zeitung in Vermont, der *Times Argus* (22. Januar), daß es für seinen Vater oft sehr schwierig war, im Gefängnis zu arbeiten. „Seine gesamten Bücher wurden ihm weggenommen, als die Hinrichtung näherrückte, und er wurde in Einzelhaft gesteckt.“

Margo MacLeod, Professorin für Soziologie und Psychologie, die bei Goddard die Beraterin von Jamal war, bemerkte: „Bei all dem, was Mumia in den letzten Jahren ertragen mußte, ist das Erreichen seines Abschlusses glattweg heroisch.“ Sie sagte, er schrieb seine 75seitige Abschlußarbeit mit dem Titel „Das Auftauchen einer schwarzen Psychologie“ in Handschrift, weil es ihm im Gefängnis nicht erlaubt wurde, eine Schreibmaschine zu benutzen. MacLeod erklärte, die Studie untersuche die rassistische Voreingenommenheit, die der traditionellen Psychologie eigen ist, und den Schaden, den dies bei Afroamerikanern angerichtet hat.

Der Präsident des Colleges, Richard Greene, sagte, er glaube, daß Mumia der einzige Goddard-Student ist, der jemals im Gefängnis ein Diplom erworben hat. Herzlichen Glückwunsch für Mumia!

Dürkops Sturmbannführer...

Fortsetzung von Seite 5

kapitalistischen Wiedervereinigung in den Dienst einer jeden antisowjetischen Bewegung gestellt hat. Danach bieterde sich der BSA an die Klassenjustiz des Vierten Reichs an. Angesichts des Schauprozesses gegen Honecker verlangte er ein „Arbeitertribunal“ – im Rahmen des bürgerlichen Staates! Und bei den „Mauerschützen“-Prozessen beschwerte er sich, daß die „eigentlich Verantwortlichen für Mauer und Schießbefehl frei herumlaufen und Karriere machen“ (*neue Arbeiterpresse*, 24. Januar 1992). Jetzt müßte der BSA über die Rachejustiz jubilieren: Beim Prozeß gegen Krenz und andere steht das gesamte Politbüro der SED vor Gericht.

Wir Trotzlisten sagen: Mit dem Stalinismus hat die Arbeiterklasse ihre eigene Rechnung offen. Eine proletarische politische Revolution in der DDR hätte die Honecker-Bürokratie für ihre Verbrechen zur Rechenschaft gezogen und an ihre Stelle die Herrschaft von Arbeiterräten gesetzt – mit der Perspektive der revolutionären Wiedervereinigung Deutschlands durch eine soziale Revolution im Westen im Rahmen eines sozialistischen Europas. Heute werden die Stalinisten von der falschen Klasse für die falschen Taten angeklagt.

Die Gründung der DDR erfolgte als Resultat der Niederlage der deutschen Bourgeoisie gegen die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg. Für die Bonner Herrscher schlug nach der Konterrevolution die Stunde der Rache: Unter Führung der Sozialdemokratie wurde ganz Ostdeutschland mit einer verlogenen Hexenjagd-Kampagne gegen ehemalige SED- und Stasi-Mitglieder überzogen. Zahllose Lehrer, Professoren, Ärzte, Angestellte und Staatsbeamte landeten auf der Straße, nachdem ihnen vom selbsterklärten Nachfolgestaat des Dritten Reichs eine falsche Gesinnung attestiert worden war.

Wir Spartakisten bezogen von Anfang an eine klare Position gegen die Hexenjagd. So organisierten wir im Juni 1993 Proteste gegen eine Diskussionsveranstaltung mit der SPD-Oberhexenjägerin (und jetzigen Präsidentin des Bundesver-

fassungsgerichts) Jutta Limbach an der HUB. Das mit der SpAD verbundene Komitee für soziale Verteidigung mobilisierte im Januar 1994 für die Verteidigung des berühmten Charité-Immunologen Dr. Tomas Porstmann. Aufgrund fadenscheiniger Stasi-Anklagen war ihm – selbst ein Opfer von Stasi-Bespitzelungen – gekündigt worden, nachdem er ein schmutziges Angebot, als „IM“ für Dürkop zu arbeiten und gegen seine Kollegen auszusagen, abgelehnt hatte! Die PDS und die Hochschulgruppe Demokratischer SozialistInnen (HDS) wollten sich nicht die Finger verbrennen und *boycottierten* diese Verteidigungsinitiative, die trotzdem mit einem juristischen Sieg für Porstmann endete. Es war wichtig, daß wir international Proteste für die Freilassung von Erich Honecker und Erich Mielke organisierten und forderten: „Hände weg von Markus Wolf“.

Die Spartakist-Jugend kämpft dafür, das ganze verrottete System des Kapitalismus zu stürzen. Unser Ziel ist internationaler Sozialismus und Planwirtschaft, basierend auf der Herrschaft von Arbeiterräten. Notwendig dafür ist der Aufbau einer trotzkistischen Weltpartei, die im Interesse aller Unterdrückten die Arbeiterklasse an die Macht führen kann. Dabei werden wir sämtliche Krelles an den Unis und überall zum Teufel jagen. Kämpft mit uns! ■

Spartakist-Schulungsreihe

Leipzig

- 20. März: **Das marxistische Programm**
- 3. April: **Kapital und Arbeit**
- 17. April: **Die Lehren der Pariser Kommune von 1871**

Jeweils mittwochs, 17.30 Uhr
Werk II, Kochstraße 132, 1. Stock
(Straßenbahn Connewitzer Kreuz)
Weitere Informationen: Halle (03 45) 2 02 90 55

SPARTAKIST

Berufung beim Obersten Gerichtshof von Pennsylvania Freiheit für Mumia Abu-Jamal!

Nachstend drucken wir die Presseerklärung des Partisan Defense Committee, amerikanische Schwesterorganisation des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV) ab, die vom KfsV am 19. Februar veröffentlicht wurde. Das KfsV ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Verteidigungsorganisation in Übereinstimmung mit den politischen Ansichten der SpAD.

Am 9. Februar legten die Rechtsanwälte von Mumia Abu-Jamal, der als politischer Gefangener in der Todeszelle sitzt, in seinem Namen Berufung beim Obersten Gerichtshof von Pennsylvania in Philadelphia ein. In der 119 Seiten langen Berufungsschrift werden 26 verfassungs- und verfahrensmäßige Fehler dokumentiert und Richter Sabos Ablehnung von Jamals Petition für ein neues Verfahren nach Pennsylvanias Post Conviction Relief Act (PCRA, Gesetz über Wiederaufnahme des Verfahrens) vom 15. September 1995 angefochten.

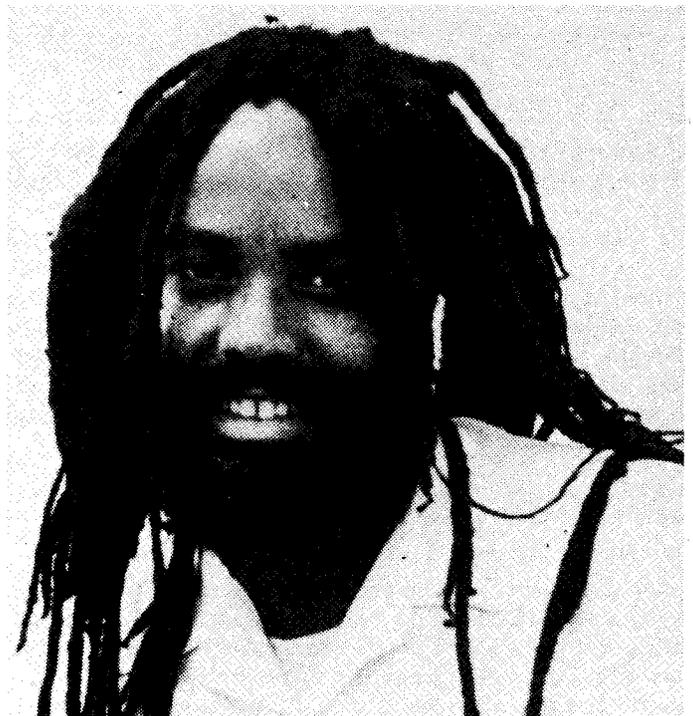
Jamal, früheres Führungsmittglied der Black Panther Party, MOVE-Unterstützer, preisgekrönter Journalist und mutiger Fürsprecher für die Unterdrückten, war zu Unrecht für die Tötung des Polizisten Daniel Faulkner aus Philadelphia im Jahre 1981 schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt worden. Den Vorsitz über diesen abgekarteten Prozeß hatte Richter Albert Sabo, ein berühmter „Henker-Richter“, der mehr Menschen zum Tode verurteilt hat, als jeder andere amtierende Richter in den USA (insgesamt 32, wovon alle außer zweien Minderheiten angehörten, die aufgrund ihrer Hautfarbe diskriminiert werden).

Auf einer gutbesuchten Pressekonferenz, die nach Einreichung der Berufung stattfand, erklärte Jamals Hauptverteidiger Leonard Weinglass, daß „diese Papiere zeigen, daß Mumia niemals ein Verfahren hatte, das diesen Namen verdient. In diesen Unterlagen führen wir sehr sorgfältig aus, was sich bei seinem Verfahren ereignete, die Fakten über das, was bei der PCRA-Anhörung letzten Sommer unter Richter Sabo geschah... Die Schlußfolgerung ist unausweichlich: Mumia Abu-Jamal braucht ein neues Verfahren.“ Auf der Pressekonferenz sprachen auch Rachel Wolkenstein, ebenfalls eine Verteidigerin von Mumia und Rechtsanwältin des Partisan Defense Committee, Karl Baker von der American Civil Liberties Union (ACLU), Pam Africa von den International Concerned Family and Friends of Mumia Abu-Jamal und Mumijs Sohn Jamal.

Die PCRA-Anhörung begann vor Sabos Gericht am 26. Juli 1995, nur drei Wochen vor der angesetzten Hinrichtung von Jamal am 17. August. Dank der immer größer werdenden Publizität und dem internationalen Protestaufschrei wurde am 7. August ein Aufschub der Hinrichtung gewährt. Für Millionen rund um die Welt wurde Mumijs Sache zur scharfen Waffe im Kampf gegen die barbarische, rassistische Todesstrafe.

Das Berufungsgesuch beschreibt, wie Sabo „seine Voreingenommenheit so offen und notorisch“ durch die ganzen PCRA-Anhörungen zeigte, „daß sie zum Gegenstand eines öffentlichen Skandals wurde“:

„Richter Sabo hetzte durch die Verhandlungen, um Jamals Bemühungen zu erschweren, alle Beweise vor-



Jennifer Beach

Mumia Abu-Jamal

zulegen, die sein verfassungsmäßiges Klagebegehren unterstützten. Wiederholt und ohne Berechtigung maßregelte der Richter Jamals Verteidiger, drohte routinemäßig mit Ordnungsstrafen, kerkerte schließlich eine Verteidigerin ein und belegte einen anderen Verteidiger mit einer Geldstrafe. Er unterdrückte auf Wunsch des Staates Vorladungen, die von den Verteidigern beantragt wurden... Praktisch jeder Einwand der Verteidigung wurde verworfen und jeder Einwand des Staates aufrechterhalten – Logik, Folgerichtigkeit und die Regeln der Beweisführung hatten keinerlei Bedeutung.“

Das Berufungsgesuch weist auf „die Treue des Gerichts gegenüber der Fraternal Order of Police (FOP, Polizeibrudderschaft)“ hin, wo Sabo, der 16 Jahre Hilfssheriff war, pensioniertes Mitglied ist, und stellt fest: „Das Gericht erlaubte dienstfreien FOP-Mitgliedern nicht nur, im Gerichtssaal mit geladenen Waffen zu erscheinen, sondern ermutigte sie sogar dazu, mit der Begründung, daß die FOP ‚hier ist, um mich zu beschützen‘.“ Außerdem war Sabos „Sympathie für die Staatsanwaltschaft nur die andere Seite derselben Medaille“:

„In der Tat, seine Verbundenheit mit der Staatsanwaltschaft gipfelte in seiner 154 Seiten langen Entscheidung, die er schon drei Tage, nachdem er die Voruntersuchung an sich gezogen hatte, veröffentlichte. Genauso wie das Gericht im Laufe der ausgedehnten Anhörung jedem Antrag der Staatsanwaltschaft zustimmte, übernahm das Gericht praktisch wortgetreu

Fortgesetzt auf Seite 22